

# Volkswacht

**Einzelnummern:**  
Die beispaltige Beilage 30 Pf für auswärts 35 Pf., die 2 gespaltene A-Beilage 1 Mt. Arbeitsmarkt und Wohnungsangelegenheiten 10 Pf. Anzeigen mit Nachbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.  
Bezugspreis monatlich 48 Pf. vierteljährlich 1,35 Mt., einjährlich 5,20 Mt. In den Abbestellstellen monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mt. ausschließlich Bestellsgeb. Einzelnummer 10 Pf.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften  
Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32  
Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 28 Danzig, Sonnabend den 13. Juli 1918 9. Jahrgang

# Zur Strecke gebracht!

### Rühlmann verabschiedet

Das Frage- und Antwortspiel, das seit der bekannten Rede des Staatssekretärs von Rühlmann im Reichstage in politischen Kreisen immer wieder aufgenommen wurde: „Geht er — bleibt er?“, hat sein Ende erreicht: Rühlmann geht.

Im Verlaufe seines Aufenthalts im Großen Hauptquartier hat er am Montag dem Kaiser mündlich den Wunsch vorgetragen, aus dem Amte zu scheiden. Das Abschiedsgesuch ist bewilligt worden.

Darüber herrscht Jubel im Lager der „vaterlandsparteilichen“ Gewaltpolitiker und alldeutschen Annexionisten.

Ein Staatssekretär, der erklärte, der Friede könne nicht nur durch Gewalt der Waffen herbeigeführt werden, sondern müsse auch das Wert diplomatischer Verständigung sein, ein solcher Mann durfte in Deutschland nicht länger im Amte bleiben! Ob es auch eine Birkenweisheit war, was er aussprach, ob er auch in einer sehr un männlichen Abschwächung seiner Rede den Chor alldeutscher Schreier, zu beschwichtigen versuchte, sie gaben ihm kein Pardon. Denn er hatte sich noch mehr erlaubt. Er hatte es gewagt, wie noch heute ein patriotisches Blatt hervorhebt, eine Ansicht vom Kriegsgrunde wiederzugeben, die mit einer kurz vorher vom Kaiser kundgegebenen Auffassung in erheblichem Widerspruch stand! Wie konnte er sich so etwas erlauben. Der Mann war überhaupt internationalistisch angehaucht und so etwas haben wir doch in Deutschland nicht nötig. Wir stehen doch so schon glänzend genug da im Ansehen der Welt!

Wir sollten zwar ein Stück Parlamentarismus errungen haben, also ein wenig Mitbestimmungsrecht der Mehrheit des Reichstages. Wo ist das geblieben und wer wird sich daran kehren! Die Mehrheit des Reichstages war der Meinung, daß kein Grund bestände, Rühlmann zu verabschieden. Aber als sie eines Morgens zusammenkamen, die Volksvertreter, hatten das andere Berater der Krone schon besorgt. Man hatte sie nicht erst lange gefragt, sondern die Sache ohne sie erledigt. Und Hertling und Payer, die Erfahrenen des Parlaments, sollen

„unerschüttert“ sein. Schon möglich! Der englische Staatsmann Winston Churchill hat jüngst die anzügliche Bemerkung gemacht, der Krieg wird geführt zwischen Völkern, die Regierungen haben und zwischen Regierungen, die Völker haben. Was bei uns geschehen kann, diese Auffassung zu bestätigen, das geschieht.

Ueber den Eindruck, den die Entlassung Rühlmanns in der ganzen Welt haben muß, bei den Verbündeten, bei den Neutralen, bei den Feinden, brauchen wir uns keinen Augenblick irgendwelchem Zweifel hinzugeben. In der ganzen Welt wird es heißen: der Mann in Berlin, der den Verständigungsfrieden wollte, mußte den Weg Bethmann Hollwegs gehen. Das sagt ihnen genug.

Daran wird die neue Beschwichtigungsrede Hertlings im Haushaltsausschuß, der sich auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion mit dem Wechsel im Auswärtigen Amt befaßte, nichts ändern können.

Der Reichskanzler erklärte hier, nach dem amtlichen Bericht, daß der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes an dem Kurse der gesamten Reichspolitik nicht das geringste ändern werde. Sowohl die innere als die äußere Politik des Reichs werden sich nach wie vor in den Bahnen bewegen, die in den früheren Erklärungen des Kanzlers vorgezeichnet waren.

Soweit der Wille der Regierung in Betracht kommt, seien in innerpolitischer Hinsicht alle gegebenen Zusagen eingehalten worden. Die Regierung werde auch mit voller Energie auf der Durchführung der in die Wege geleiteten Reformen bestehen und diese zu Ende führen.

Nach außen hin sei die Reichspolitik programmatisch in der Antwort auf die Friedensnote des Papstes festgelegt. Aller Welt sei die ehrliche Friedensbereitschaft der deutschen Regierung seit langem bekannt. Es habe sich daran auch weder bisher etwas geändert, noch werde dieses in Zukunft geschehen.

Demgegenüber stehe aber die Tatsache fest, daß der Vernichtungswille der Feinde nach wie vor aufs stärkste hervortrete, zuletzt erst wieder in den Reden von Wilson und Balfour. Solange darin kein Wandel geschehe, seien wir zum Weiterkämpfen um unsere Freiheit und Wohlfahrt genötigt. In der Bereitwilligkeit, auf wirklich ernste Verhandlungsvorschläge der uns feindlichen

Mächte einzugehen, sei aber die politische Reichsleitung mit der Obersten Heeresleitung völlig einig.

Der Kanzler berührte dann noch im einzelnen die Zukunftsprobleme im Osten und Westen und kam dabei zu dem Ergebnis, daß das Regierungsprogramm sich nach beiden Richtungen hin mit den Erklärungen decke, die schon im November 1917 abgegeben und von der überwiegenden Mehrheit des Reichstages gebilligt worden wären.

Die anderweitige Befehung des Auswärtigen Amtes sei nicht auf sachliche Meinungsverschiedenheiten, sondern nur auf Ermüdigungen persönlicher Art zurückzuführen, über die der Kanzler vertraulich nähere Aufschlüsse gab. Der als Nachfolger des Staatssekretärs von Rühlmann in Aussicht genommene Gesandte von Hinz habe die bindende Erklärung abgegeben, daß er in jeder Hinsicht die bisherige Politik des Reichskanzlers mitmachen werde.

Was zu dieser, uns am Donnerstagabend zugegangenen Kanzlerrede zu sagen war, hat Scheidemann recht gründlich gesagt. Er führte aus:

Abg. Scheidemann (Sozialdemokrat)

findet es sehr bedauerlich, daß eine derartige wichtige Debatte so kurz, vor der Vertagung des Reichstages geführt werden muß.

Wenn die Presse nach dem Rücktritt Rühlmanns sofort versichert habe, der Kurs bleibe beim alten, dann sei erst recht nicht zu verstehen, weshalb ein Wechsel notwendig war. Die Oberste Heeresleitung hat einen scharfen Druck auf die Presse ausgeübt, daß sie in der Beiprehung der Rühlmannschen Rede nicht das sagen dürfe, was nach Lage der Sache hätte gesagt werden müssen.

Auch beim jetzigen Wechsel im Auswärtigen Amt ist das Parlament wieder nicht gehört worden. Das wird dazu dienen, daß im Ausland neuerdings der Glaube genährt wird, daß in Deutschland das Volk und das Parlament vollkommen rechtlos sei. Das Verhalten unserer Regierung im Osten sei jedenfalls nicht so, daß man von einer loyalen Auslegung des Brest-Litovsker Friedensvertrages reden könne.

Wenn wir den dortigen Völkern die Freiheit geben hätten, die sie immer angefordert haben, dann würden wir uns eine glänzende Position geschaffen haben.

Was wir von der Regierung verlangen müssen, ist vor allen Dingen rüchhaltige Klarheit.

# Revolver und Handgranaten

Die Ermordung des deutschen Gesandten in Moskau, Grafen Mirbach, ist eine erschütternde Episode dieser blutüberströmten Zeit — aber bisher spricht wenig dafür, daß sie mehr als eine Episode sein wird. Die Ermordung des deutschen Botschafters in Peking, Freiherr von Reikeler, am 20. Juni 1900, gab Anlaß zu dem deutschen Sühnefeldzug nach China, der gewalttätige Tod des österreichischen Thronfolgerpaares entjesselte diesen ungeheuren Krieg — daß das blutige Ende des deutschen Vertreters bei der Sowjetregierung in ähnlicher Weise zum Ausgangspunkt weltpolitischer Verwicklungen werden könnte, ist vorberhand nicht anzunehmen.

Die Vertreter der Sowjetregierung, Tschitscherin und Karachan, die in der deutschen Botschaft in Moskau ihrer Empörung über das Attentat Ausdruck gaben, bemerkten bei dieser Gelegenheit, sie betrachteten die Tat mehr als gegen sich selbst als gegen Deutschland gerichtet. Nur wenn das Attentat bloß das erste Signal einer Bewegung gewesen sein sollte, die darauf gerichtet ist, die friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu zerreißten und ihr Bindeglied, die gegenwärtige Regierung, zu vernichten, und nur wenn diese Bewegung Erfolg hätte, würde eine entscheidende Aenderung der Verhältnisse im Osten zu erwarten sein. Einstweilen spricht aber nichts für diese Annahme.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der russischen Regierung hatten sich in der letzten Zeit offenkundig verbessert. Sie standen zunächst naturgemäß unter dem Druck des Berliner Gewaltfriedens und wurden weiter durch den Anteil, den deutsche Truppen an der Niederwerfung des Bolschewismus außerhalb des verkleinerten Großrußland nahmen, noch weiter verschärft. Doch bald machten sich infolge des Vorgehens der Engländer an der japanischen Interventionsdrohung Gegenströmungen geltend. Die offizielle „Iswestija“ ließ durchblicken, daß sich Rußland zur Abwehr eines japanischen Angriffs deutsche Hilfe gefallen lassen würde, und Trozki kündigte an, daß er gegen die Engländer marschieren lassen werde.

Daß die russische Regierung unter solchen Umständen ganz andere Sorgen haben mußte, als den deutschen Botschafter

ermorden zu lassen, liegt auf der Hand, und tatsächlich gibt es wohl keinen Menschen, der an die Möglichkeit solcher Zusammenhänge glaubt, der die Loyalität der von Tschitscherin und Karachan abgegebenen Erklärungen in Zweifel zieht. Es bleibt somit nur eine formale Haltung Rußlands für die verübte Tat übrig. Unter normalen Umständen würde man freilich eine Regierung dafür haftbar machen, daß sie in ihrem Lande Zustände duldet, unter denen das Leben der völkerrechtlich unwerthlichen diplomatischen Auslandsvertreter ohne Schutz bleibt. Angesichts der außerordentlichen Verhältnisse wird man aber den Rechtsgrundlagen gelten lassen müssen, daß niemand über sein Können hinaus verpflichtet werden kann.

Der Zustand der öffentlichen Sicherheit in Rußland macht es gerade nicht wahrscheinlich, daß es gelingen wird, der geheimnisvollen Täter habhaft zu werden. Ein berühmtes historisches Gegenbeispiel bildet der Rastatter Gesandtenmord vom 28. April 1799. Damals wurden drei diplomatische Vertreter der französischen Republik von ungarischen Husaren überfallen, zwei, Bonnier und Roberjot, wurden getötet, der dritte, Debry, entkam. Ueber diesen Mord und seine politischen Hintergründe entstand eine umfangreiche Literatur, in der die verschiedensten scharfsinnigen Kombinationen versucht wurden, schließlich beschied man sich jedoch mit der Annahme, daß die Husaren auf eigene Faust, ohne höhere Weisung gehandelt hätten.

Die Aufregung, die durch die Kriegseidenschaft hervorgerufen ist, legt die Vermutung nahe, daß der Moskauer Gesandtenmord irgendwie von der Entente angezettelt sein könnte. Wäre das wirklich der Fall, so hätte man es ganz gewiß nicht mit einem politisch besonders klugen Schachzug zu tun. Denn die Stellung Deutschlands Rußland gegenüber kann durch eine Tat, deren Opfer der deutsche Vertreter geworden ist und die überall als moralisch verwerflich empfunden werden muß, eher gebessert als verschlechtert werden. Die deutsche Regierung müßte von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie auf die Ermordung des Grafen Mirbach in ähnlicher Weise reagieren wollte, wie seinerzeit auf die Ermordung des Freiherrn von Reikeler. Die Erfahrungen von damals reizen nicht zur Wiederholung — und damals kämpfte Deutschland

noch nicht mit einer Welt auf Leben und Tod. Unter den heutigen Umständen dürfte die deutsche Regierung feindlichen Agenten nicht den Gefallen tun, aus ihrer Tat die Konsequenzen zu ziehen, auf die sie spekuliert haben mögen. Eine Entzweiung zwischen Berlin und der Moskauer Sowjetregierung wird also kaum eintreten.

So ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß es sich um eine Tat extremer russischer Nationalisten gehandelt hat, die aus deutschfeindlicher und ententefreundlicher Gesinnung entsprang und von einem engen Zirkel ohne weitreichende Verbindungen ihren Ausgang nahm. Gegen die Ententeregierungen kann, wenn wir uns auch im Krieg mit ihnen befinden, ohne schlüssigen Beweis nicht der Vorwurf erhoben werden, daß sie den politischen Meuchelmord zur Waffe ihrer Kriegführung gemacht haben. Auf der anderen Seite gibt es freilich von der direkten Anstiftung über das Bewahrenlassen struppeliger Elemente bis zur vollständigen Unschuld mancherlei Zwischenstufen. Vom politischen Mord aber läßt sich im allgemeinen sagen, daß er so gut wie niemals die Folgen hat, die seine Urheber von ihm erwarten; die Dinge entwickeln sich stets ganz anders, als das starre Denken des Fanatikers voraussieht. So wird auch der Moskauer Gesandtenmord andere Wirkungen haben als die von den geheimnisvollen Märdern vorausgesehenen; seine Bedeutung wird sich vielleicht in der Tragik eines beklagenswerten Einzelfalles erschöpfen, und dies wäre, vom Standpunkte deutscher Interessen aus betrachtet, wohl auch der am meisten wünschenswerte Fall.

Zur weiteren Beurteilung der Sache schreibt noch der „Vorwärts“ vom Montag:

In verschiedenen Blättern kommt ein begreifliches Erstaunen darüber zum Ausdruck, daß den Mördern die Begehung der Tat sowie das Entkommen so leicht geworden ist. Gesandte pflegen unbekannte Leute sonst nicht ohne weiteres zu empfangen, nach dem Empfang standen aber immerhin drei Mann gegen zwei, das Personal, das sich in den Nebenräumen befanden haben muß, nicht mitgerechnet. Auch dies ist ein Punkt des geheimnisvollen Falles, der der Aufklärung bedarf.



Die Sozialdemokratie für die Kriegerfamilien

Von D. Stücken. M. d. R.

Die Unterstützung der Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mannschaften war bei Ausbruch des jetzigen Krieges nur sehr mangelhaft geregelt. Sie stützte sich auf ein Gesetz vom Jahre 1888, dessen Grenzen sehr eng gezogen waren.

Die Mängel des Gesetzes traten bald in fühlbare Erscheinung. Die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges schwand immer mehr, und am 1. Dezember 1914 beantragte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine gründliche Aenderung des Gesetzes.

Im August 1915 fand dann ein Antrag der Sozialdemokraten Annahme, die Unterstützungen an die Kriegerfamilien

zu erhöhen, sowie den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Pflicht aufzuerlegen, ausreichende Zuschläge zu diesen Unterstützungen zu gewähren.

Die Sozialdemokraten ließen in ihrem Kampfe um die Besserstellung der Kriegerfamilien nicht locker. Sie brachten bereits im Dezember 1915 den oben erwähnten Antrag, der als Material überwiesen worden war, in etwas ausgedehnterer Form wieder ein.

Auf einen neuerlichen Vorstoß der Sozialdemokraten fand sich im November 1916 im Reichstag endlich eine Mehrheit, die verlangte: Erhöhung der Unterstützung für Ehefrauen auf monatlich 20 Mark, für Kinder und andere Unterstützungs-berechtigte auf monatlich 10 Mark.

Zur Bestreitung einer menschenwürdigen Existenz reichten freilich diese Sätze auch nicht aus. Als wieder der Winter herannahte, verlangten die Sozialdemokraten, den

Satz für Frauen auf 30 Mark, für Kinder auf 20 Mark zu erhöhen; diese letztere Erhöhung sollte auch für die anderen Unterstützungsberechtigten gelten. Die bürgerliche Mehrheit lehnte den Betrag für Kinder auf 15 Mark fest, und die Regierung führte diesen Beschluß in der Art aus, daß sie die Gemeinden ermächtigte, für jeden Unterstützungsberechtigten einen Zuschuß von bis zu 5 Mark monatlich zu zahlen.

den Herrn Reichsfinanzler zu ersuchen, die Verordnung vom 2. November 1917, betreffend die Unterstützung der Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften dahin abzuändern, daß die Lieferungsverbände verpflichtet werden, die bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Mindestsätze der Familienunterstützungen ab 1. April 1918, je nach den örtlichen Verhältnissen, mindestens aber um 5 Mark monatlich für jeden Unterstützten, zu erhöhen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat es natürlich bei der Fürsorge für die Kriegerfamilien nicht bei diesen Anträgen bewenden lassen. Sie ist auch eingetreten für den Ausbau der Wochenhilfe, indem sie forderte: Zahlung des Wochengeldes für 12 Wochen, Erhöhung des Wochengeldes von 1 Mark auf 1,50 Mark pro Tag, Erhöhung des Stillschuldens von 50 Pf. auf 75 Pf. täglich.

Die Sozialdemokratie ist weiter eingetreten für Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente auf 65 Jahre, für Erhöhung aller Renten, insbesondere auch der Waisenrente. Diese Darstellung bildet nur einen kleinen Ausschnitt aus der praktischen Arbeit, die von der Sozialdemokratie auf allen Gebieten geleistet worden ist.

Ein friedlicher Kampf

steht bevor, wenn des blutigen Krieges Waffen niedergelegt sein werden. Für den kommenden friedlichen Kampf das Rüstzeug zur Hand zu nehmen, ist eine unabwendbare Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen.

Agitation für die Partei-Presse!

Datum verliert keine Zeit, schon jetzt für den kommenden Kampf tätig zu sein!

Warnung

Hauptzeugen im Prozeß Kühnmann contra Deutsche Zeitung sind drei Chauffeure, die Herrn von Kühnmann in Bulgarek gefahren haben.

So mancher Mann und manche Frau hing sich an sünder's Fleischlust Angel. Nur absolvierter Zeugenmangel. Ersetzt hier die Enthaltensamkeit.

Der erste Ozeandampfer

Wenn der Krieg beendet ist und seit langem eingestellten Ozeanlinien wieder ihre regelmäßigen Fahrten aufnehmen, wird dies mit Recht als ein gewichtiges Ereignis gefeiert werden.

Vor 100 Jahren, nämlich am 22. April 1818, ging in New York der erste Ozeandampfer, „Savannah“ genannt, vom Stapel.

den, und nun wollte man zum ersten Male das neue Verkehrsmittel auf dem offenen Meere erproben. Jüngere Zeit hindurch zweifelte man daran, daß Schiffe gebaut werden könnten, die imstande wären, einen für die Reise über den Ozean genügenden Kohlenvorrat mitzunehmen.

Der Versuch wurde erst nach zehn Jahren wiederholt, und zwar von Europa aus. Auch dieses Unternehmen, das holländischen Kaufleuten zu danken war, ging aber bald wieder ein.

Die neueste Nordlandreise

Der am 25. Mai nach Kopenhagen von seiner Grönlandreise zurückgekehrte dänische Forscher Knud Rasmussen gab einem Mitarbeiter von „Politiken“ die folgende Schilderung seiner an Erfolgen wie auch an Strapazen reichen Expedition:

„Unser Ziel,“ so erzählte Rasmussen, „war die Nordküste Grönlands, die großen Fjorde und ganz Peary-Land kartographisch aufzunehmen, botanisch zu erforschen, ferner festzustellen, wie weit die nördlichsten Küstengegenden von Estimos bewohnt waren, und wie die früheren Ansiedlungsverhältnisse in der Davisville-Bai und vom Kap York bis nach Etah lagen.“

Wir waren als Jagdexpedition ausgerückt, hatten also nur verhältnismäßig wenig Lebensmittelvorräte bei uns. Das aber wurde unsere große und verhängnisvolle Enttäuschung. Anfangs erlegten wir zwar eine Anzahl Moschusochsen, aber zu Robben konnten wir nur sehr selten kommen, weil die Eisschmelze so zeitig kam, daß die Tiere im Wasser blieben, statt sich auf das Eis zu legen und sich zu fennen.

# Arzterschaft und Krankenkassen

Auf der Jahresversammlung des Verbandes der Ortskrankenkassen beschloß man sich mit der Artfrage und der Gewährung von Teuerungszulagen zum Arzthonorar. Der Berichterstatter Fräßdorf (Dresden) vertritt unter lebhafter Zustimmung die Meinung, daß solange eine Arztorganisation wie der Leipziger Verband besteht, eine Regelung der Frage zwischen Krankenkassen und Arzterschaft ausgeschlossen ist. Die Ärzte forderten nun Teuerungszulagen. Die meisten von ihnen hätten während der Kriegszeit ganz automatisch ihr Einkommen gewollt steigern können, weil ihnen zum großen Teil die Konkurrenz abgenommen wurde, seien doch 60 Prozent von ihnen zum Heeresdienst eingezogen. Die Ärzte hätten jetzt viel mehr zu tun und haben jetzt oft das Einkommen von 2 bis 3 Mark. Durch Umfrage sei festgestellt, daß die Arzthonorare zum Teil eine jährliche Höhe erreicht haben, auf die die Minister mündlich Kleinforderungen mit Heide herabsetzen. Gleichwohl könnte es natürlich Ärzte geben, die nicht in der Lage waren, ihr Einkommen zu steigern. Ihnen sollte eine Teuerungszulage gewährt werden, wenn auch nicht in dem betragsmäßigsten Maße; sie müßte vielmehr den Leistungen der Ärzte entsprechen.

Es sei in Dresden zu einer Einigung auf 10 Prozent gekommen. Im Juidauer Bezirk habe das Schiedsamt eine Entscheidung gefällt, wonach die Ortskrankenkasse Klingenthal vom 1. Januar 1914 an, also auf vier Jahre zurück, 40 000 Mark Honorar nachbezahlen soll an drei Kostenträger, die bisher schon gut honoriert wurden. Weiter würde das Arzthonorar auf 8,50 Mark erhöht und auf eine Teuerungszulage vom 1. April 1917 an erkannt. Das sei ein Schiedsgerichtsurteil, dem sich die Kasse auf keinen Fall unterwerfen könne. Es beruht nicht auf der Leistungsfähigkeit der Kassen gemäß dem Berliner Abkommen. Deshalb habe auch der Verbandsvorstand der Klingenthaler Kasse geraten, dem Schiedsgerichtsurteil nicht zu folgen, das die Kasse finanziell ruinieren würde. Über das Oberverwaltungsamt Juidau verlange, daß nach dem Urteil in der Klingenthaler Sache im ganzen Bezirk verfahren werde! In dieser Weise einzugreifen, sei nicht Beruf des Oberverwaltungsamtes. Als man das Berliner Abkommen abgeschlossen habe, habe man die Verhältnisse der Krankenkassen berücksichtigt wissen wollen. Dieser fundamentale Grundlag des Berliner Abkommens sei ganz außer Rücklicht gelassen worden. Der Regierung sei auch mitgeteilt worden, daß der Verbandsvorstand der Klingenthaler Kasse empfohlen habe, sich dem Urteil nicht zu unterwerfen. Die Sache habe viel böses Blut gemacht. Wir (der Verbandsvorstand) würden uns freuen, wenn die Angelegenheit auf friedlichem Wege noch beigelegt werden könnte. Letzten Endes ziehen wir aber den Kampf dem Ruin der Krankenkasse vor. (Lebhaftes Geklapper) Auf Anraten des Verbandsvorstandes habe der Vorstand der Klingenthaler Kasse das bereits niedergelegte Amt wieder aufgenommen; er werde nun abwarten haben, was weiter geschehe. Jedenfalls könnten Regierung und Oberverwaltungsamt die Auszahlung des Geldes nicht verfügen, die Ärzte würden höchstens auf dem Zivilrechtswege ihr Geld versuchen müssen; ob mit Erfolg, das sei allerdings sehr zweifelhaft. Also nur nicht ängstlich sein. Bei Drohung der Ärzte mit Einstellung ihrer Tätigkeit sollten die Verbandsmitglieder nicht gleich zusammenklappen.

Ende dieses Jahres liefen auch eine große Anzahl von Arztverträgen ab. Weil gegenwärtig die Zahl der Ärzte gering und die Ansprüche an die Ärzte sehr groß seien, befänden sich die Ärzte in einer abnorm günstigen Lage, die Kassen aber in einer Notlage. In einer solchen Notlage empfinde es sich aber nicht, neue Verträge von Dauer abzuschließen, vielmehr sollten die zurzeit laufenden Verträge für die Kriegsdauer verlängert werden. Im übrigen sollte man sich mit Teuerungszulagen zu behelfen suchen. Um wirkliche Bevölkerungsnot zu treiben, sei man jetzt dabei, die Familienhilfe in weitestem Maße einzuführen. Schon deshalb sollten jetzt nicht Verträge auf fünf Jahre abgeschlossen werden. Besteht doch jetzt das Hilfsmittel, dem auch die Ärzte unterliegen. Vor Abschluß von Verträgen sollten die Kassen das Gutachten des Verbandsvorstandes einholen.

Vom Kassenvorstand wurde eine Resolution vorgelegt, die sich im Sinne der Fräßdorfschen Ausführungen bewegte.

In der sich anschließenden lebhaften Debatte wandte sich Schwarz (Rügen b. D.) gegen Fräßdorf und einzelne Teile der Resolution, weil danach der Arzt, der auf Grund seiner wissenschaftlichen Befähigung sich an der unteren Einkommensgrenze befindet, mehr Teuerungszulage erhalten würde als der tüchtige Arzt. Er wandte sich auch dagegen, daß schon bei einem Arzthonorar von 15 000 oder 18 000 Mark die Teuerungszulage ausgeschlossen werde, und behauptete schließlich, daß die Krankenkassen in der Artfrage zu spät auf dem Plane erschienen wären. — Fräßdorf erwiderte ihm: — (Starkes Geklapper) wies auf die von Fräßdorf den Kassenvorständen entgegenstehenden Artikel im Korrespondenzblatt der Arzterschaft hin und erklärte, daß auch die Unternehmer in den Kassenvorständen einen andern Ton von der Arzterschaft verlangen müssen, wenn es überhaupt zu Verhandlungen kommen sollte. — Tolender (Leipzig) behauptete, den Ärzten liege gar nichts daran, eine vertragliche Regelung auf längere Zeit zu erzielen. Die wissenschaftliche Befähigung der Ärzte habe mit der Popularität gar nichts zu tun. — Siebe (Wittenberg): Wir sind schon im vorigen Jahre mit den Ärzten in Verhandlungen eingetreten, die wahrnehmlich bereits zum Abschluß ge-

kommen wären, wenn sich nicht der Leipziger Arztverband dazwischengeschoben hätte.

Nachdem nochmals der Vorsitzende Fräßdorf davon gewarnt hatte, nach dem jetzigen Stande, des Geldwertes die Honorarfrage zu regeln, wurde die Resolution gegen 2 Stimmen angenommen.

# Wie erlangt man eine Kapitalabfindung?

Da vielfach noch immer Unklarheit herrscht über die Bedingungen, unter denen eine Kapitalabfindung an Kriegsbeschädigte und Kriegserwittelet gewährt wird, geben wir nachstehend die wichtigsten Bestimmungen wieder:

Die Kapitalabfindung soll Kriegsbeschädigte und Kriegserwittelet instand setzen, sich landwärtigen oder handwärtigen Grundbesitz (eigene Heimstätten möglichst für Lebensdauer) zu erwerben. Die Kapitalabfindung soll ferner die Kriegsbeschädigten und Kriegserwittelet, die bereits Grundstücke besitzen, vor dem Verluste dieses Besitzes schützen oder ihnen helfen, ihren Grundbesitz zu erweitern oder zu verbessern.

Die Kapitalabfindung wird nur auf Antrag gewährt; der Antrag ist jedoch an keine Frist gebunden, d. h. man kann ihn bis zum vollendeten 55. Jahre (unter Umständen auch später) jederzeit stellen. Es ist jedoch ratsam, den Entschluß nicht unnötig zu verschieben, weil je länger der Antragsteller ist und je höher seine kapitalisierbaren Bezüge sind, desto höher auch die Kapitalabfindung ausfallen kann.

Kriegsbeschädigte haben den Antrag zusammen mit den Militärpapieren bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel einzureichen, Kriegserwittelet bei der Gemeinde ihres Wohn- und Aufenthaltsortes. Dabei sollen die Antragsteller möglichst genau angeben, für welchen Zweck sie die Kapitalabfindung verwenden wollen. Etwas bereits vorhandene Unterlagen (Grundstücksangebote, Kauf- und Bauverträge, Kauptpläne, Kostenschätzungen, Katasteranträge, Grundbuchabschriften usw.) sind beizubringen. Bevor man sich jedoch auf irgendwelche Rechtsgeschäfte und Verpflichtungen einläßt, wende man sich zunächst an eine Beratungsstelle der örtlichen Kriegsfürsorgeorganisation.

Nach einiger Zeit erhält der Antragsteller einen vorläufigen Bescheid vom Generalkommando. In diesem wird mitgeteilt, ob und in welcher Höhe eine Kapitalabfindung gegebenenfalls gewährt werden kann. „Gegebenenfalls“, d. h.: wenn der Antragsteller eine „nützliche Verwendung des Kapitals“ nachweisen kann. In dem vorläufigen Bescheid des Generalkommandos ist außerdem angegeben, an welche Zivilbehörde sich der Antragsteller zur Beschaffung dieses Nachweises zu wenden hat. Erst wenn der Nachweis geführt ist, kann mit der Bewilligung der Abfindung gerechnet werden.

Sollte das Generalkommando den Antrag auf Kapitalabfindung ganz oder teilweise abgelehnt haben, so sind die genannten Stellen ferner auch bereit, den Antragsteller selbst weiterhin kostenlos zu beraten. Die endgültige Entscheidung über den Kapitalabfindungsantrag steht allein der Obersten Militärbehörde zu, also je nach dem Truppenteil, entweder dem Kriegsministerium, dem Reichsmarineamt oder dem Reichscolonialamt.

Bei Kauf-, Bau- oder sonstige Verträge zu Siedlungszwecken unterschreibt, oder sich mündlich rechtsverbindlich verpflichtet, bevor er den endgültigen Bescheid der Obersten Militärbehörde erhalten hat, handelt voreilig und unvorsichtig. Unter allen Umständen ist es ratsam, nur solche Verträge zu unterschreiben, die folgende beiden Sätze enthalten: §. . . Der Käufer hat das Recht, ohne Entschädigung von diesem Verträge zurückzutreten, falls ihm aus irgendeinem Grunde eine Kapitalabfindung nach dem Besche vom 3. Juli 1916 nicht bewilligt werden kann. §. . . Für alle Vereinbarungen gilt lediglich dieser Vertrag; mündliche Vereinbarungen haben daneben keine Gültigkeit.

Bemerkte sei noch, daß zu den Witwen, die Kapitalabfindung erhalten können, zählen: die Witwen der Kriegsteilnehmer, deren Ehemann im Felde geblieben ist oder an einer Kriegserwundung oder an den Folgen einer sonstigen Kriegsdienstbeschädigung gestorben ist. — Witwen kommen für Kapitalabfindung nicht in Frage.

# Sprüche aus dem Schützengraben

von Unteroffizier d. R. Josef Stöckler. Nachdruck verboten.

Dein Leben ist dein —  
Niemand kann dir verargen,  
Wenn du an ihm hängst  
Mit allen Fahren deiner Seele.  
Doch dein Gold ist heute Deutschlands,  
Deines Vaterlandes Gut.  
Je mehr Gold — desto weniger Blut.

# Danziger Nachrichten

## Freie Bahn dem Tüchtigen!

Gegen die Überfälligkeit der Akademiker in unsern öffentlichen und gewerblichen Leben wendet sich Professor Dr.-Ing. A. Wengrich (Stuttgart) in der „Leipziger Zeitung“ Technik und Wirtschaft. Der Verfasser fordert, daß es jedem hervorragenden Menschen von entsprechendem Vorkenntnissen, gleichviel auf welchem Wege diese erworben wurden, möglich sein müsse, frei von unüberwindlichen Schranken „einstufige Berechnungen“ in leitende Stellen zu gelangen. Die leitende Verwaltungstätigkeit in den verschiedenen Zweigen erfordere aber außer positiven Kenntnissen eine ganze Reihe von Eigenschaften, wie Unabhängigkeit des Urteils, Freiheit von einseitigem Fachwissen, Weitsicht, Fähigkeit, sich rasch in Neues einzufügen, Kommandos vorauszuhaben, Menschenkenntnis, Charakterstärke, Unternehmungsgestalt und große Arbeitskraft.

Alle diese Eigenschaften lassen sich aber nicht durch irgend eine Vorbildung erwerben, sie müssen im wesentlichen angeboren sein und können nur zum geringsten Teile durch Studium, am ehesten noch durch frühzeitig praktische Betätigung entwickelt und ausgebildet werden. Es handle sich hier eben um natürliche Anlagen, die man wohl fördern oder verkümmern lassen, nicht aber lehren könne. Diese Anlagen hätten daher — und das sei von ausschlaggebender Bedeutung — gar nichts zu tun mit Fachwissen oder „Sachverständigkeit“. In längeren Ausführungen weist dann Professor Wengrich nachzuweisen, daß weder die Techniker, noch die Juristen, noch die Volkswirtschaftler diejenigen sind, die auf Grund ihrer Vorbildung allein oder vornehmlich für die Verwaltung und Leitung von Kommunen und großen Betrieben in Frage kommen. Ueberhaupt dürften bei der heutigen Bedeutung äußerer Menschenökonomie auch auf geistigem Gebiete Ständebesorgnisse und „Mittelstufen“ keine ausschlaggebende Rolle mehr spielen. Es sei daher auch an sich ein Denkfehler des Gelehrten gewesen, als er durch das Gesetz vom Jahre 1916 „über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst“ bestimmt habe, daß höheres Verwaltungskennntnis nur werden kann, wer sechs Semester an einer Universität studiert und die erste juristische Prüfung abgelegt hat. Welche Kreise des Volkes, so schreibt der Verfasser, sehen heute in dem Akademiker den Universalmenschen, der in allen Sphären gut reifen kann. Dieser Glorienschein blendet leicht den Scharfsicht gegen Nichtstudierende, und wenn diese auch noch so viel Wissen in sich haben, führt leicht zu Mißgriffen.

Daß hier an einem tief eingewurzelten Vorurteil kräftig gerüttelt wird, ist nur zu begrüßen. Wir können aus unseren eigenen Erfahrungen in der Arbeiterbewegung heraus nur bestätigen, daß sich die „gewöhnlichen Leute“, die keine höhere Schule genossen haben, in den allermeisten Fällen auf hervorragenden Posten außerordentlich gut bewährt haben. Womit natürlich nichts gegen die tüchtigen Akademiker gesagt sein soll, wohl aber gegen die weitverbreitete Sucht, auf jeden nur einigermaßen herausgehobenen Posten einen „Studierten“ zu setzen.

## Wintergarten.

Neue Glanznummern gelangen vom 16. d. Mts. ab im Wintergarten zur Aufführung, über deren Leistungen wir in nächster Nummer eingehend berichten werden. Morgen Sonntag finden wieder zwei Vorstellungen statt, deren Besuch wir nur empfehlen können.

## Vom Stadttheater

Uns wird geschrieben: Wie gewöhnlich, so wird auch in diesem Hochsommer die Direktion des hiesigen Stadttheaters die Preise für die Passpartouts bekanntgeben und zur rechtzeitigen Erneuerung auffordern. Es sind immer dieselben Glücklichen, die sich auf diese Weise ihren Platz für die kommende Winterfaison sichern können. Andere Danziger Bürger und Kunstfreunde, die Erholung, Anregung und Zerstreuung in dieser schweren Zeit im Theater suchen, werden dadurch verurteilt, draußen zu bleiben oder das zeitraubende, widerwärtige Anreihen mizumachen. Es wäre daher ein Akt ausgezeichneter Gerechtigkeit, wenn die Direktion die Passpartouts einem ganz neuen Personenkreis zugänglich machen würde. Vielleicht entschließt sie sich diesmal dazu, denn die Gerechtigkeit verlangt eine Aenderung der bisherigen Maßnahme, die eine fortgesetzte Beginntigung eines Teils der Danziger Bürger bedeutet.

## Zur Jubiläumfeier des Holzarbeiter-Verbandes

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Danzig, begehrt am Sonntag den 14. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Steppuhnschen Lokale in Schidlich, das 25jährige Jubiläum des Gesamtverbandes. Das gut zusammengestellte Programm, das eine Festsrede, Gesangsvorträge und Hans-Sachs-Spiele vorstelt, entspricht der Würde des Tages. Wir machen die Freunde

geschichte hinzieht, ein Gebirge, das so groß wie der Kaukasus und bis zu 2000 Meter hoch ist. Nun ging es weiter mit immer wechselndem Joghid. Der Sommer war gekommen; die Flüsse sprengeien die Städte und unter Botaniker machte eine reiche Beute.

Als wir die Küste angehen wollten, begannen aber erst unsere Leiden. Wir fingen kein Bild, keine Seehunde, und wir waren bereits von Hunger geschwächt, als wir gerade alle Kräfte zu der Reite über das Inland brauchten, um nach Etch zurückzugehen. Es und Schnee schmelzen flüchtig; oft marschieren wir lange Strecken bis zur Höhe im Wasser. Unsere Hunde gingen in dem kalten Schmelzwasser zugrunde. Da geschah das erste große Unglück. Am 21. Juli verließ uns Genndri Ofen bei Dragon Point, um allezeit auf die Höhenjagd zu gehen. Aber er kehrte nicht zurück, und obwohl wir vier Tage lang nach ihm suchten, fanden wir ihn nicht. Vom 29. Juli bis zum 4. August herrschte andauernd Unwetter. Wir bekamen mit jeder Überhaupt nicht mehr zu Gesicht. Wir mußten alle „Überlebensmittel“ zurücklassen, z. B. unsere Schokolade, um unsere kostbaren Sammlungen retten zu können. Weiter oder weiter wir unter allen Umständen, wenn wir nicht alles aufgeben und den Tod finden wollten. So besaßen wir uns auf die 435 Kilometer lange Wanderung über das Inland nach dem Kap Agatij. Wir hatten nur noch Kamellen (Schokolade), getrocknetes Rindfleisch oder Glanzfleisch, Getreide und Getreide für 16 Tage, ferner unsere sechs Mann sich begnügen, morgens und abends je eine große Tasse voll Kamellen und Getreide und mittags eine Tasse Tee zu genießen. Das Wasser läßt sich auf, und wir tragen bis zu 1200 Meter empor, nur um dann aber von einer breiten Sandbarge abgetrennt und wegen wieder hinauf; dabei mußten wir alles, Schiffe, Proviant und Gepäck auf unsern Rücken schleppen, denn der Schnee war hier völlig festgefroren.

Am 21. August beschrien wir unsre letzte Station Penmittan, aber am nächsten Tage rückten wir etwa 30 Kilometer vor uns eine Entdeckung. Wir hatten nur noch fünf Hunde als Nahrung, aber in einem kleinen See keine Kräfte. Wir mußten bei unserer Entdeckung in den ersten Höhlen auf der hohen Erde oder dem Gestein liegen, um uns zu schützen. Am 24. August aßen wir unsere letzten Hunde. So besaßen wir, daß Hefe und ich als die letzten Überlebenden vorantreten sollten, während die anderen Helden jagten und in kleinen Gruppen nach Etch nachkommen sollten.

Am 30. August kamen wir endlich in Etch an. Über nachdem wir 70 Stunden lang keine Ruhe und fast keine Nahrung gehabt hatten, waren wir zu weiteren Anstrengungen unfähig und mußten es den Leuten von Etch überlassen, nach Etch, nach den Gesteinen zu suchen. Sie fanden sie auch mit Ausnahme von Walfisch, der bereits am 20. August den Satoran erlegen war. Lange haben wir nach ihm über vergebens. Am 21. Oktober 1917 waren wir in Etch und am 18. April 1918 in Spitzbergen, nachdem wir 10 000 Kilometer zurückgelegt hatten.

# Nachfahrt auf der Donau

Die Schifffahrt auf der Donau pflegte nachts zu ruhen. Um die Ausnutzung des vorhandenen Schiffsbestandes zu steigern, sind jedoch Fahrgeversuche bei Nacht unternommen worden, wobei sich besonders die Verwendung von Scheinwerfern bewährte. In Heft 25 der „Leipziger Zeitung“ „Mittel Europa“ berichtet jetzt Korvettenkapitän v. Döbrentei (Mien) über diese Versuche, die die ganze Strecke vom Schwarzen Meer bis Regensburg umfassen. Er schreibt u. a.:

Die in der ersten Hälfte Mai 1918 am Eisernen Tor und auf der Kataraktstrecke bei schlechtestem Wetter mit den Dampfmaschinen „Magyarország“ und „Centaur“ durchgeführten Versuchs- und Demonstrationsfahrten hatten bei größerer Strombreite und schwierigeren natürlichen Verhältnissen ein über Erwarten günstiges Ergebnis. Es wurden sowohl über das Eisernen Tor als auch über die Kataraktstrecke trotz düsterer, kühler und regnerischer Nächte nicht nur die normalen, sondern sogar Rekordfahrzeiten erzielt. So führte „Magyarország“ zwei Schlepper mit 750 Tonnen Ladung in 2 Stunden und 30 Minuten von Lurn-Severin über das Neue Tor nach Rodica bei Orsova und denselben Anhang in 6 Stunden von Rodica über die Kataraktstrecke nach Drentowa.

Diese vollkommen gelungenen Versuche erbrachten den Beweis, daß mit den heute vorhandenen 21 für diese Strecke geeigneten Remotoren täglich durchschnittlich 40 Schlepper mit rund 20 000 Tonnen in 10 schiffbaren Monaten des Jahres daher 6 000 000 Tonnen Ladung über das Eisernen Tor und Kataraktstrecke eingeführt werden können.

Diese nunmehr erreichte Veröppelung der Leistungsfähigkeit der Schifffahrt und oft mit wenig Sachkenntnis verurteilten Stromstrecke Drentowa-Lurn Severin wirkt besonders dann sehr belehrend für die Zukunft, wenn die vom November 1915 bis heute, also in 2½ Jahren erzielte Gesamteinfuhr von rund 2 000 000 Tonnen der früher erzielten jährlich einführbaren Menge von 6 000 000 Tonnen gegenübergestellt wird.

Bei die obere Donau, bedarf auch die Strecke Drentowa-Lurn Severin keiner anderen Beleuchtung, als mit Scheinwerfern ausgerüsteter Dampfer und einer taublosen Tages-Fahrrinnenbezeichnung. Letztere ist dank der anerkanntwertigen Wirksamkeit der Igl. ungarischen Schiffsbehörde in Orsova vorhanden und bedarf nur geringfügiger der Sichtbarkeit bei Scheinwerferlicht angepaßter Modifikation. Statt der, das rechte und linke Ufer der ausgeprägten Fährbahn kennzeichnenden schwarzen und roten Farbe muß eine Unterleuchtung durch entsprechende Formen, etwa Dreieck und Kreis, bei mäßiger Vergrößerung der aus freilichtem Gestein hergestellten Zeichen eintreten. Es ist ferner ermöglicht worden, daß nicht nur von leuchtenden Dampfer, sondern auch von den auf 100 bis 150 Meter folgenden Schleppern die Fährer rechtzeitig erkannt und angefahren werden können.

Diesem Zweck dürfte ein Phosphoranstrich entsprechen. Es kann jedenfalls mit Befriedigung festgestellt werden, daß Nachfahrten bergwärts auf der ganzen Donau, Talfahrten fast überall schon jetzt durchführbar sind und bei weitem Einleben der Reueinführung das Fahren bei Nacht weder berg- noch talwärts irgendwelche Schwierigkeiten bieten wird. Die Fahrtauglichkeit wird dann ausschließlich auf Nebel beschränkt bleiben.

Es handelt sich dann noch um die Feststellung, ob Scheinwerfer überall oder: ur auf Strecken mit engem Strombett Leuchtfeuer vorzuziehen seien. Es ist wahrscheinlich, daß selbst die in Verwendung stehenden Glühlichtscheinwerfer von 35 Zentimeter Durchmesser auf der breiteren ungarischen Donau bessere Dienste leisten werden als Leuchtfeuer. Möglicherweise werden aber bei Strombreiten von mehr als 1 Kilometer — an der rumänisch-ungarischen Donau — entweder stärkere Scheinwerfer gewählt oder aber die vorhandenen Leuchtbojen vermehrt werden müssen. Jedenfalls ist durch Begung der früher erwähnten 42 Leuchtbojen an der unteren Donau, dann der Petroleumbeleuchtung auf der ungarischen Strecke, schließlich durch Verwendung von Scheinwerfern auf der oberen Donau und auf der Kataraktstrecke auch heute dafür gesorgt, daß Nachfahrten schon anstandslos durchgeführt werden können.

Als Reingewinn der Nachfahrten, also nach Abzug aller Mehrkosten, sind 6½ Millionen Kronen verblieben. v. Döbrentei meint, die bessere Ausnutzung des Schiffsbestandes durch Nachfahrten werde eine Steigerung der Frachtförderung auf das Doppelte ergeben.

# Feuilleton

## Eine neue transaustralische Eisenbahnlinie.

Nach einer Mitteilung des „Mercur de France“ nähert sich die neue transkontinentale Eisenbahnlinie in Australien ihrer Vollendung. Es handelt sich um die seit langen Jahren geplante, quer durch den Erdteil laufende Schienenverbindung zwischen Port Augusta in Südastralien und Raigoelle in Westaustralien, die eine Gleislänge von 1053 englischen Meilen bedingt. Durch diese Linie soll vor allem eine direkte Verbindung zwischen Brisbane, der Hauptstadt von Queensland, und Perth, der Hauptstadt von Westaustralien, hergestellt werden. Bis jetzt mußten die Reisenden in Perth Adelaide an Bord gehen, um Perth auf dem Seewege zu erreichen. Der Bau der neuen Eisenbahn, der 1912 in Angriff genommen wurde, war sehr schwierig und kostspielig, insbesondere wegen der Schwierigkeiten, Wasser zu beschaffen; denn die Linie durchschneidet mit ihren Verzweigungen das größte Wüstenland, durch das bisher eine Eisenbahnlinie gelegt wurde.

der modernen Arbeiterbewegung noch besonders auf das Fest aufmerksam, das einige gemessene Stunden verspricht. Näheres siehe Inserat.

### Kommunale Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Uebergangswirtschaft

Mit dieser Frage befaßte sich am 9. Juli eine Konferenz von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Vertretern der Behörden im hiesigen Rathaus. Stadtrat Dr. Grünspan, der namens des Magistrats die Besprechung leitete, erklärte kurz den Zweck der Zusammenkunft. Der Reichskommissar für Uebergangswirtschaft wünscht die Ansicht der Danziger Behörden über zu erwartende Arbeitslosigkeit und die zu ihrer Bekämpfung nötigen Maßnahmen kennen zu lernen.

Die sehr lebhafte Aussprache zeigte, welche großes Interesse man in allen Kreisen der Bevölkerung dieser Frage entgegenbringt. Gewerkschaftssekretär Arczynski machte den Vorschlag, den Magistrat zu ersuchen: 1. die Zusammenziehung aller bestehenden Arbeitsnachweise zu einem paritätischen Arbeitsamt in die Wege zu leiten und 2. eine städtische Arbeitslosenunterstützung unter Anlehnung an die Unterstützungs-einrichtungen der Gewerkschaften einzuführen.

Stadtoberordner Nitz wünscht, daß die Militärbetriebe nicht sofort mit der Demobilisierung die Produktion einschränken, sondern hierfür eine Uebergangszeit bestimmen. Alle Redner sprachen sich im Sinne der Vorschläge aus. Von Seiten des Magistratsvertreeters wurde erklärt, daß entsprechend der geäußerten Wünsche nach Berlin berichtet werden würde.

### Ein seltsamer Fall

Es wird jetzt sehr viel über Menschenökonomie geredet und geschrieben. Alle Zeitungen sind davon voll. Säuglingsfürsorge und Mutterchutz verschwinden nicht mehr von der Tagesordnung. Aber was nützen alle schönen Pläne, wenn es leider immer noch Leute gibt, die genau das Gegenteil tun von dem, was jeder echte Menschenfreund als seine Hauptaufgabe betrachtet.

Ein eigenartiger Fall trug sich vor kurzem in Danzig-Krakau zu, über den uns folgendes gemeldet wird:

Am Dienstag, den 2. Juli, abends, wurde die hiesige Gemeindefrau zu einem Kinde mit Kehlkopfdiphtherie gerufen, welches bereits starke Atemnot hatte. Von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr wartete man auf den einzigen Arzt, der damals in Heubude die Genehmigung hatte zu antworten. Da er Krankenbesuche machte, war er erst später zu erreichen. Als um 7 1/2 Uhr sich trotz des durch die Schwester angewandten Inhalierens Erstickenfälle zeigten, ließ diese den Magistratsgutsverwalter (der einzige Fuhrwerksbesitzer dortselbst) bitten, ihr Fuhrwerk zu senden, damit das Kind auf dem schnellsten Wege ins Krankenhaus gebracht werden könne. Er antwortete, er habe keine Pferde zu Hause. Als dann die verzweifelte Mutter auf zwei Pferde wies, die auf dem Hofe standen und sich erhob, jeden Preis zu zahlen, verlangte Herr Beder, die Frau solle sich verpflichten, im Sommer bei ihm zu arbeiten. — Da die Frau dieses nicht konnte, weil sie 4 Kinder, darunter eines 6 Wochen hat und ihr arbeitender Mann Essen haben muß, stellte Beder kein Fuhrwerk, obwohl er ein Reitpferd und zwei Aufschpperde im Stalle hatte.

Die früheren Besitzer spannten sogar ihre Pferde aus dem Pfluge aus, wenn ein Menschenleben auf dem Spiele stand. Braucht aber Herr Beder's Freund Fuhrwerk, um zur Hochzeit zu fahren, dann sind Pferde zur Stelle.

So mußte man das schwerkrante Kind nach Heubude tragen und von einem Fuhrwerksbesitzer zum anderen laufen, bis Herr Kaufmann Küdiger Pferd und Wagen stellte, wodurch über eine Stunde verloren wurde, was sehr leicht hätte schlimme Folgen haben können.

Herr Beder konnte von seinen 16 Pferden, die es augenblicklich nicht allzu schwer haben, kein Pferd zur Verfügung stellen, während Herr Küdiger, dessen Pferd den ganzen Tag Kahlen gefahren hat und es am nächsten Tage auch tun sollte, ohne ein Wort der Entgegnung sofort ein Fuhrwerk gab.

Zwei Tage darauf schwebte im Krankenhause das Kind noch in Gefahr.

Es wäre erwünscht, wenn der Magistrat dafür sorgte, daß solche Fälle nicht öfter vorkommen.

### Wohnungsnot und Freizügigkeit

Der neue Staatskommissar für Wohnungswesen, Freiherr Coels von der Brügggen, hat sich einem Berliner Pressevertreter gegenüber zu der Frage, ob man infolge der Wohnungsnot eine Einschränkung des Zuzuges in die Großstadt beabsichtige, sehr vorsichtig so geäußert: „Diese Frage ist so heikel und einschneidend, daß ich dazu vorläufig keinerlei Stellung nehmen möchte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß unter Umständen diese Maßnahme in Betracht kommt, sicher aber nur im äußersten Falle und unter Anwendung aller nur denkbaren Vorsichtsmaßnahmen. Viel eher wäre an eine Erfassung der leerstehenden und unbenützten Wohnungen zu denken, natürlich unter Berücksichtigung der Lebensinteressen der Hausbesitzer, welche jetzt auch schwere Zeiten durchmachen.“

Das sieht ja beinahe wie eine Bestätigung der Frage aus!

### Beim Schleichhandel abgefaßt

Es gibt Leute, die sich erzählen lassen, daß es auf dem Lande keine Lebensmittel gibt. Daß dem nicht so ist, beweisen die fortgesetzten Verurteilungen vieler Schleichhändler durch die Verichte und Hamsterfahrten solcher Leute, die für diese Zwecke genügend Geld und Zeit zur Verfügung haben. Einen bösen Reinfall erlebte eine Gutsbesitzerfrau in Langfelde bei Groß-Zünder. Diese Dame hatte es sich zum Prinzip gemacht, landwirtschaftliche Erzeugnisse zu einem recht hohen Preise an gewerbsmäßige Schleichhändler und Hamsterverkäufer zu verkaufen. Die Polizei erfuhr von diesem unsauberen Geschäft Kenntnis und veranlaßte hier einen Einkauf verschiedener Lebensmittel. Die Gutsbesitzerfrau erklärte sich sofort bereit, Butter für 10 Mark, Schinken für 12 Mark das Pfund und Eier für 7,50 Mark die Mandel zu verkaufen und forderte die Käuferin auf, jede Woche Wehrezufommen. Das Gericht verurteilte diese Dame zu 300 Mark Geldstrafe und Einziehung der beschlagnahmten Ware. Es nahm an, daß es sich hier um einen haarsträubenden Kriegswucher handele, der scharf geüht werden müsse.

Wenn in jedem Falle wie hier, schnell und kräftig eingegriffen wird, dann dürften die Tage des Schleichhandels bald gezählt sein.

**Mg. Abgabe von Lebensmitteln.** Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel-, Butter-, Kartoffel- und Lebensmittelzulafkarte für Leute über 60 Jahre erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

### Neue Preise für Vertragsschweine

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat in Erkenntnis der Notwendigkeit, die Schweinehaltung in den Monaten des Jahres zu fördern, in denen Grünfutter zur Verfügung steht und die Schweine somit die der menschlichen Ernährung zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel nicht gefährden, die Erlaubnis erteilt, mit Schweinehaltern Haltungsverträge zu wesentlichen über dem Höchstpreise liegendem Abnahmepreis abzuschließen. Mit Genehmigung des Staatskommissars für Volksernährung ist die königliche Provinzial-Fleischstelle ermächtigt, einen Abnahmepreis von 130.— M. pro Zentner Lebendgewicht für diejenigen Schweine zuzuschern, die von den Schweinehaltern bis spätestens 1. August 1918 ihrem Kommunalverbande (Landrat, Magistrat) als für die allgemeine Versorgung verfügbar gemeldet werden und bezüglich deren die Schweinehalter sich verpflichten, sie auf Abruf jederzeit zu liefern.

Es besteht die Absicht, den Haltern solcher durch Grünfutter und Abfälle vorgemasteten Vertragsschweine im Herbst Kraftfutter zur Notermast zur Verfügung zu stellen. Sollte sich die Beförderung solchen Kraftfutters als unmöglich erweisen und ein Abruf dieser Schweine vor dem 1. November 1918 notwendig werden, so erhalten die Schweinehalter als Entschädigung für den ihnen durch den Verzicht auf die Ausmast entgehenden Gewinn einen Stückzuschlag von 35.— M. für jedes auf Abruf gelieferte Vertragsschwein.

Das Angebot der Provinzial-Fleischstelle ist für die Schweinezüchter überaus günstig und völlig risikolos. Jeder Schweinehalter melde also schnellstens die Schweine, auf welche er den Vertrag machen will, bei dem zuständigen Landrat oder Magistrat an. Die vertraglich nicht gebundenen Schweine können nur zu dem jeweiligen Höchstpreis abgenommen werden.

### Stimme aus dem Felde!

Sch gebe mein Leben, gib Du Dein Geld, so werden wir siegen.

**Goldsachenannahme:** Danzig, Artushof, sämtliche Banken und Sparkassen; **Dirschau,** Förstereistr. 2; **Neustadt,** Lauenburgerstr. 8; **Dr. Stargard,** Markt 32, 9-1; **Zoppot,** Seestr. 26.  
**Goldmünzenumsatz:** bei allen Postämtern und der Reichsbank **Oliva,** Klosterstraße 6.

### Kirschen ohne Höchstpreise

Wie sich die Preisverhältnisse sogar in Uebersehungslandern entwickeln, wenn auf die Festsetzung von Höchstpreisen verzichtet wird, zeigt sich in der Ukraine. Trotz der dort vorhandenen reichen Mengen von Frischobst kostet ein Pfund russischer roter Kirschen im Kleinhandel in Wien gegenwärtig — 7 Mark. Ein Pfund Gaskirschen kostet sogar 9,50 Mark. Der Preis für Erdbeeren beträgt 6,50 Mark für das Pfund. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hatte beabsichtigt, Obst aus der Ukraine getrocknet nach Deutschland einzuführen, sah sich aber angezweifelt solcher Preise genötigt, die Luftläufe einzustellen.

Dieser typische Fall, der sich gleichen Vorgängen in Belgien, in Ungarn, in der Türkei anreicht, beweist, daß nicht nur bei knapper, sondern auch bei reicher Ernte der automatische Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu normalen Marktpreisen, den wir heute noch immer bei uns von einer Beseitigung der Höchstpreise fälschlich erwarten, sich zurzeit nicht herstellen läßt. Erst vor wenigen Tagen hat übrigens eine maßgebende amtliche Stelle in Wien sich dahin ausgesprochen, daß die Freigabe des Frischobsthandels in Oesterreich, und zwar auch in seinen obfruchtigen Bezirken, zu einer vollständigen Verödung der Märkte geführt hat.

### Urlaubsgefühle

Das stellvertretende Generalkommando 17. Armeekorps Danzig eruchtet uns um Veröffentlichung nachstehender Notiz:

„In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß bei den unterstellten Ersatztruppenteilen zahlreiche Urlaubsgefühle unmittelbar von den Antragsstellern ohne Begutachtung durch die zuständige Kriegswirtschaftsstelle pp. eingehen. Zur Beurteilung der Notwendigkeit der Beurteilungen ist es erforderlich, daß derartige Gefühle durch den zuständigen Gemeindevorsteher, Polizeiverwaltung pp. und durch die zuständige Kriegswirtschaftsstelle oder gleichgestellte Behörde zur Prüfung und Weiterleitung eingereicht werden.“

### Verkehr in den Seebädern

Man schreibt uns: Wiederholte Zwiberhandlungen gegen die Bekanntmachung des stellv. Generalkommandos XVII. Armeekorps vom 1. 4. 17. — Abwehr-Abt. N. Nr. 1411 — betreffend den Verkehr in den Seebädern und den an der Küste gelegenen Ortschaften lassen es zur Vermeidung von Bestrafungen erforderlich erscheinen, erneut auf die wesentlichen Bestimmungen dieser Verordnung hinzuweisen:

1. Jede über 12 Jahre alte Person, die in einem Bade- oder Küstort des Korpsbezirktes wohnt oder sich dort, auch nur vorübergehend aufhält, muß sich im Besitze des vorgeschriebenen polizeilichen Personalausweises entweder nach Muster I oder Muster II der Verordnung befinden.

2. Der Ausweis ist stets mitzuführen und den mit der Kontrolle beauftragten Militärpersonen, Polizeibeamten usw. auf Verlangen vorzulegen.
3. Dasselbe gilt als Seebad.
4. Das Mitführen und der Gebrauch von photographischen Apparaten am Strande oder auf Dampfern und in den Dünen ist verboten.
5. Zuwiberhandlungen werden unnaßsichtlich bestraft.

### Aus Westpreußen

**Ohra.** Ueber das Aktionsprogramm der Partei sprach am Dienstag den 9. Juli Genosse Gehl in einer äußerst gut besuchten Parteiversammlung. Seine etwa einstündige Rede wurde mit Beifall aufgenommen. Alsdann beschäftigte sich die Versammlung mit Ernährungsfragen. Es wurde eine Deputation gewählt, die den Aufruf erhielt, beim Herrn Regierungspräsidenten vorstellig zu werden. Sie soll beschreiben der Versammlung zum Vortrag bringen und um bessere Belieferung mit Lebensmitteln ersuchen.

**Ohra.** Das Mieteinigungsamt trat Montag zum erstenmal zusammen. Es wurden 29 Fälle erledigt. Krasse Mietssteigerungen wurden abgelehnt. In einigen Fällen war eine Erhöhung der Miete um durchschnittlich 10 Prozent nicht zu vermeiden. Unbillige Kündigungen wurden aufgehoben oder die Zeit für die Suche nach einer neuen Wohnung verlängert. Das Mieteinigungsamt ist sofort nach Erhalt der Kündigung oder Mietssteigerung anzurufen.

**Ohra.** Drei Zentner Rindfleisch beschlagnahmte die Ohraer Polizei in der Süßstraße. Das Fleisch wurde vom Landrat nach Oliva überwiesen, weil Oliva eine noch geringere Fleischration erhält als andere Danziger Vororte. Hoffentlich kommen auch Guteherberge und Wonneberg mal in den Besitz einer solchen Extrazulage.

**Marienburg, 2. Juli.** Am 1. Juli konnte der Kreis Marienburg auf sein 100 jähriges Bestehen in seiner heutigen Abgrenzung und Organisation zurückblicken. In diesem Tage vor hundert Jahren wurden die aus der friderizianischen Zeit stammenden landrätlichen mit den sogenannten Steuerkreisen, deren Umfang und Zuständigkeit sich kreuzten, zusammengelegt, und der vormalige Landvogtei-Gerichts-direktor Hüllmann zum ersten Landrat ernannt. Zur Erinnerung an diesen, für die Entwicklung der kommenden Verhältnisse des Kreises so wichtigen Tag beschloß der Kreisausschuß, einen Jubiläumskreistag einzuberufen und ihm vorzuschlagen, für die Behebung der schädlichen Einwirkungen des Krie- s auf sozialem Gebiete ein „Kreiswohlfahrtsamt“ zu errichten. Als erstes Ziel ist die Errichtung eines Kreis-Schulungsheims geplant. Für diesen Zweck hat der Landrat bereits in Reuteich ein massives Haus mit Garten käuflich gesichert. Die Anstalt soll bereits im Herbst eröffnet werden. Für die Errichtung des Schulungsheims sollen 50 000 Mark ausgeworfen werden, die zum Teil in der Form von Stiftungen schon vorhanden sind.

**Elbing.** Mit Parteiangelegenheiten beschäftigte sich die letzte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Aus der Versammlung heraus wurden Mitteilungen gemacht über die wüste Agitation der wortbrüchigen „Unabhängigen“, die überall erzählen, es seien bereits zwei Drittel unserer Mitglieder zu ihnen übergetreten. Das ist gatt erlogen und nur dazu berechnet, Verwirrung in unsere Reihen zu tragen. Es wurde festgestellt, daß nur ein kleiner Teil fahnenflüchtig geworden sei. Die überwiegende Mehrheit hält zur alten Partei und will von „unabhängigen“ Quertreibern nichts wissen. Die Auflage der „Volkswacht“ steigt trotz unabhängiger Gegenagitation ständig. Die gut verkaufene Versammlung berechtigt zu der Hoffnung, daß der, durch gewissenloses Zerreißen der Partei, geschwächte Verein bald wieder seine alte Stärke erreichen wird.

**Elbing, 2. Juli.** In der Stadtverordnetenversammlung entstand eine sehr erregte Auseinandersetzung zwischen einigen Stadtverordneten und dem Magistratskollegium statt. Die Veranlassung dazu war eine Zeitungsnote. Danach hat der Magistrat im Benehmen mit dem städtischen Sparatassenvorstand beschloßen, allen Hauseigentümern, die städtische Hypotheken haben und unverhältnismäßig hohe Mietssteigerungen vornehmen oder kinderreiche Familien als Mieter heraussetzen oder abweisen, die Hypotheken zu kündigen. Wie der Stadtverordnete Rechtsanwalt Lewinsohn, der Vorsitzende des hiesigen Haus- und Grundbesitzervereins meinte, sei diese Maßnahme des Magistrats „kein Ruhmesblatt“ in der Geschichte der Stadt Elbing. Trotz dieser Erregung der Hausbesitzer wird der Magistrat seine Anordnung durchführen, denn es wird in Elbing fast täglich vielfach Mietswucher getrieben. So steigerte neulich z. B. ein Hauswirt einen Mieter gleich von 1300 auf 2000 Mark für das Jahr.

**Kost Du noch genug "Plankton" im Hause? Nein! Vergiss nicht ihn mitzubringen**

HERSTELLER:  
**PARAGUAY-FLEISCHEXTRACT-GESELLSCHAFT**  
M. S. H. HAMBURG 3  
*Plankton ist Fleischextract-Extrakt*

Genehmigt von der Ersatzmittelstelle Hamburg

<b>Jeder Band 1,50 Mark</b>
<b>Der Ausweg</b> Eine Erzählung von Hans Stelling
<b>Das Land der Zukunft</b> Roman von Hans Stelling
<b>Berühmtes Volk</b> Erzählungen von Hans Stelling
<b>Der Dringlenerreiter</b> Erzählung von Hans Stelling
<b>In den Tod getrieben</b> Erzählung von Hans Stelling
<b>Der Pariser Garten</b> Erzählung von Hans Stelling
<b>Mutter</b> Eine Erzählung von Hans Stelling
<b>Der Morgen graut</b> Erzählungen von Hans Stelling
<b>1000 Mark Belohnung</b> Roman von Hans Stelling
<b>Vom Wolfenhaus zur Fabrik</b> Erzählung von Hans Stelling
<b>Die Martenbenderin</b> Erzählung von Hans Stelling
<b>Kriegsjahrten</b> In Belgien und Nordfrankreich. Erzählungen von Hans Stelling
<b>Kriegsberichte</b> aus Ostpreußen und Ostgalizien. Erzählungen von Hans Stelling
<b>Gegen im Kriege</b> Erzählungen von Hans Stelling
<b>Als Zwischenbestward nach Südamerika</b> Erzählung von Hans Stelling
<b>Jeder Band 2,— Mark</b>
<b>Erweid</b> Eine Roman aus dem Protektorat von Hans Stelling
<b>Der Götterkaiser</b> Roman von Hans Stelling
<b>Die Heiligtümer</b> Eine Erzählung von Hans Stelling
<b>Der Breibereiter</b> Erzählung von Hans Stelling

Zu haben in allen Delikatess- und Kolonialwarengeschäften.

Zu haben in der Buchhandlung Volkswacht

**Stichtag, 1. Juli.** In Betreff der Mietserhöhungen hat das Generalkommando 20. Armee-Korps eine neue Verordnung herausgegeben, die in der Hauptsache folgendes besagt: 1. Mietpreise für Wohnungen dürfen bis auf weiteres nur mit Genehmigung des Mietpreisregulierungsamtes, in Städten, in denen ein solches nicht errichtet ist, mit Genehmigung des Magistrats und in ländlichen Ortschaften mit Genehmigung des zuständigen Amtsvorstehers erhöht werden. 2. Die Vermieter vor: Wohnungen müssen die Mieter ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Kündigung für den Mietzins, der bis zum 30. Juni 1918 zu zahlen war, ihre Wohnungen weiterbenutzen lassen, es sei denn, daß a) eine Genehmigung einer der zu 1. bezeichneten Behörden zur Erhöhung des Mietzinses vorliegt, b) vor dem 27. Juni 1918 eine Erhöhung des Mietzinses zwischen Vermieter und Mieter schon vertraglich vereinbart ist. Die zu 1. bezeichneten Behörden entscheiden nach billigem Ermessen. Die Entscheidungen der Mietpreisregulierungsämter sind unanfechtbar. Gegen die Entscheidungen der Magistrate findet Beschwerde bei dem zuständigen Regierungspräsidenten und gegen Entscheidungen der Amtsvorsteher bei dem zuständigen Landrat statt. Die Entscheidungen der Beschwerdeinstanzen sind endgültig. Die Regelung der Mietpreisregulierungsämter regelt sich nach den Vorschriften des § 4 der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 26. 7. 17 und das Verfahren vor ihnen nach der Anordnung vom 26. 7. 17 und das Verfahren vor allen zu 1. bezeichneten Behörden ist gebührenfrei. In der Entscheidung ist Anordnung zu treffen, mer die etwa entstandenen haren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat.

**Thorn, 3. Juli.** Die auf Ergreifung des mutmaßlichen Mörders des Fürstern Bedtold, Musketier Franz Klein Schmidt aus Egerst, ausgelegte Belohnung von 800 Mark ist auf 10 800 Mark erhöht worden, da Klein Schmidt zu Last gelegt wird, noch weitere sieben Morde begangen zu haben. Der Verfolgte, der aus guter Familie stammt, hat 1915 in Thorn bei der Festungsgesellschaft Nr. 4 gedient und infolge guter Führung 1916 einen Urlaub erhalten, von dem er aber nicht zum Truppenteil zurückkehrte. Seitdem trieb er sich wildernd umher und hat bereits in fünf Oberflüssen den ganzen Hochwaldbestand vernichtet. Zu seiner Festnahme wurde ein gewiegter Kriminalbeamter aus Berlin entsandt, der auch den Wittdieb stellte, aber das Unglück hatte, daß das Gemehr verlagte, während er von dem Gegner einen Schuß ins Bein erhielt. Klein Schmidt soll sich zurzeit in den Forsten des Kreises Sobota aufhalten.

## Aus der Partei

### Wiederaufleben der Parteibewegung.

Fast allerorts macht im Reiche sich, wie aus den Berichten über die zuletzt überall stattgefundenen Generalversammlungen hervorgeht, ein erfreuliches Wiederaufleben und Erstarken der Parteibewegung bemerkbar. So wirkte in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Köln Stadt und Köln Land Parteisekretär Genosse Runge mit, daß der Tiefstand der Kölner Parteioffiziere, den der Krieg mit sich brachte, überwunden ist. Im Berichtsjahre ließen über 1300 neue Eintrittserklärungen ein, und der Umsatz an Beitragsmarken übersteigt den der besten Friedensjahre. Beim Bericht über die Lage des Kölner Parteiblattes, der „Rheinischen Zeitung“, wurde mitgeteilt, daß die Lage des Geschäfts glänzender ist. Trotz der vermehrten Ausgaben und der Notwendigkeit verstärkter Abschreibungen ist der Ueberschuß sehr groß. Die Bezieherzahl stieg im Geschäftsjahre 1917/18 trotz der Erhöhung des Abonnementspreises auf 1,20 Mark um 100 Prozent, so daß die „Rheinische Zeitung“ ihren bisher höchsten Stand, bei der Reichstagswahl 1912, um über 18 000 überschritten hat. Auch der Straßenverkauf beträgt täglich annähernd 5000. Dabei steigt die Zahl der Leser noch beständig. Auch in der Generalversammlung des Kreises Höchst-Homburg-Offingen wurde im Geschäftsberichte festgestellt, daß sich eine Aufwärtbewegung bemerkbar mache.

Trotz der gefälligen Gegenarbeit der „Unabhängigen“, die z. B. von Oberursel aus bei der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. des Metallarbeiterverbandes den Antrag stellen, ihren Angehörigen zu verbieten, für die Sozialdemokratische Partei Propaganda zu machen.

Eine längere Debatte entwickelte sich über die Presse. Gegen die fälschliche Vorzensur, die üb. die „Lichtstimme“ verhängt ist, machte sich lebhafter Kampf geltend. Eine Entschädigung, die diesem Gefühl Ausdruck gab, wurde einstimmig angenommen.

## Soziales

### Die fünfte Generalversammlung der Volksfürsorge.

Die am 24. Juni im Sitzungssaal des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg, vormittags 11 1/2 Uhr, vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Reichstagsabgeordneten Bauer, eröffnet wurde, zeigte ein volles Einverständnis der Aktionäre sowohl mit der Geschäftsleitung als auch mit dem Aufsichtsrat der Gesellschaft. Es wurde festgestellt, daß 943 000 M. Aktienkapital vertreten war, und zwar in der Hauptsache durch bevollmächtigte Mitglieder der Generalkommission und der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, deren rechtmäßige Vertretungen durch den Rotar, Herrn E. Th. Cabary, festgesetzt wurden. Von den bei Ausbruch des Krieges tätigen 531 Rechnungsjellen sind noch 364 in Betrieb. Ein großer Teil wird von Konsumvereinen, einige von Frauen verwaltet. Im ganzen sind während der Dauer des Krieges 602 unserer Rechnungsführer eingezogen worden.

Wenn trotzdem die Antragsproduktion seit dem ersten Stillstand im Jahre 1914 wieder ständig zunahm und das Intasso in Ordnung erhalten werden konnte, so ist das der hingebenden Arbeit der verhältnismäßig geringen Zahl uns noch zur Verfügung stehender Vertrauensmänner sowie in vielen Fällen der dankenswerten eifrigen Mitarbeit zahlreicher Frauen in den verschiedenen Rechnungsteilen zu verdanken.

Es sind im Jahre 1917 insgesamt 38 966 Anträge eingegangen, davon auf Kapitalversicherungen (Tarife I bis IVa) 35 966 mit einer Versicherungssumme von 9 055 946 M., auf die Sparversicherungen 2909 und auf die Risikoversicherungen 91 mit einer Versicherungssumme von 52 768,10 M. Der Versicherungsstand ist insgesamt 227 183 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 37 156 660 M. Die Prämieinnahme, die im Jahre 1916 2 332 435,15 M. betrug, stieg im Jahre 1917 auf 3 122 272,20 M. und ergab somit eine Mehreinnahme von 799 837,05 M. Die Zinseneinnahme, die im Jahre 1916 221 888 M. betrug, stieg im Jahre 1917 auf 319 247,70 M., also um 97 359,70 M. Das Ende 1916 5 899 640,20 M. betragende Vermögen stieg im Jahre 1917 um 2 217 166,12 M. und betrug Ende 1917 bereits 8 116 806,32 M. Die für die Zukunft sichergestellten Prämienreserven stiegen im Jahre 1917 von 4 267 231,21 M. auf 6 201 705,71 M.

Von dem Ueberschuß von 389 335,53 M. werden nach Abschreibung für die verschiedenen Reserven 2 681 247,76 M. der Gewinnreserve der Versicherten zugeschrieben.

Im laufenden Jahre 1918 zeigt sich in den Geschäftsergebnissen eine weitere erfreuliche Besserung. Es sind bis jetzt schon etwa 35 000 Anträge heringebracht worden, so daß wohl in diesem Jahre

mit einer Verdoppelung der abzuführenden Verfügrungen gerechnet werden kann. Der ganze Geschäftserfolg läßt erhoffen, daß bei baldiger Eintritte friedlicher Verhältnisse der Volksfürsorge ein glänzender geschäftlicher Aufschwung vorausgesetzt werden kann, wenn die bei ihrer Gründung beteiligten Organisationen auch in Zukunft so wie in den schweren Zeiten des Krieges an der Weiterbildung der Volksfürsorge mitarbeiten.

Auch der Rechnungsjelle Danzig war eine gute Entwicklung beschieden; ihr Gewinn überstieg bedeutend den Reichsdurchschnitt. Der selbstlosen Mithilfe einiger Gewerkschaftsmitglieder und mancher Frauen der im Felde befindlichen Vertrauensmänner ist der Fortschritt zu danken. Aber auch dieser Mitarbeiterkreis läßt sich erweitern bei einigermaßen gutem Willen, einer uneigennütigen, volkswirtschaftlich sehr wertvollen Sache helfend zu dienen. Auch in anderen Orten Westpreußens sind Mitarbeiter erwünscht, die ebenfalls ihre Adresse an den Rechnungsführer Bruno Schmidt, Danzig, Mattenbuden 35, senden mögen.

## Aus aller Welt

**— 25fache Erhöhung einer Geldstrafe.** Aus Flensburg wird dem „B. L.“ geschrieben: Ein Prozeß führte infolge der Berufung der Staatsanwaltschaft zu einer 25fachen Erhöhung des ersten Strafmaßes. Der Landwirt Heinrich Jessen in Christian-Abrechtstog hatte bei der Bestandaufnahme eine große Menge Getreide, Hafer, Gerste, Roggen, ferner große Mengen von Bohnen, Mehl und anderes mehr verheimlicht. Die Borräte wurden entdeckt und Jessen wurde vom Amtsgericht in Niebüll ein auf einen Monat Gefängnis lautender Strafbefehl zugestellt. Auf seine Berufung erfolgte durch das Schöffengericht Niebüll seine Verurteilung zu 600 Mark Geldstrafe. Hiergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein mit der Motivierung, der Angeklagte habe ein großes Vermögen und ein hohes Einkommen. Die Verhandlung vor der Flensburger Strafkammer ergab, daß Jessen, obwohl nur ein kleiner Landwirt, ein Jahreseinkommen von 32 000 Mark und mehr als 20 000 Mark Vermögen hat. Das Gericht erhöhte darauf die Geldstrafe gegen Jessen von 600 Mark auf 15 000 Mark.

## Literatur

**— Verbrechergeschichten** ist der Titel des neuen Bandes der „Vorwärts“-Bibliothek, herausgegeben und ausgewählt von Frau A. Dieberich. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 6, Lindenstraße 3, Preis gebunden 2 Mark. Ein starker Band nach Inhalt und Umfang. Ein in seiner Art wertvolles Buch. Es enthält: „Michael Rohlfans“ von Kleist, „Die Judenbuche“ von Drosche-Hülshoff und „Der Verbrecher aus verlorener Ehre“ von Fr. Schiller. Eine Einführung in diese drei padenden Erzählungen und eine Einleitung des Herausgebers, in der er auf die Frage eingeht: Können Verbrechergeschichten nützlich sein, und in der er zu dem Schluß kommt, daß diese Geschichten zu den guten Verbrechergeschichten gehören, die jedermann kennen lernen sollte.

Das Buch kann durch jede Buchhandlung bezogen werden.

Echt gefadelt **Schnupftabak** garantiert rein. **Julius Gosda**, Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrik Danzig, Ede Hättergasse 5 u. 2. Priesterstraße 5. Fernspr. 2428

# Zu vorteilhaften Preisen

Handschuhe	Herrenartikel	Gardinen
Damenhandschuhe Leinen-Ersatz mit 2 Druckknöpfen . . . . . 2.75 190	Stehkragen 4fach, mod. Formen 2.00 1.45 125	Volants aus Mull u. Erbstüll Mtr. 4.50
Damenhandschuhe Mochna-Ersatz 2.25 225	Serviteurs mit Halsteil, 4 fach Mako 2.50 2.00 165	Gardinen engl. Tüll m. Bandeinl. Mtr. 10.50
Damenhandschuhe reine Seide 4.50 285	Hosenträger Gurt, m. Hanfstrippe 4.50 3.75 250	Gardinen engl. Tüll, doppelbreit Mtr. 12.50
Damenhandschuhe weisse Glacé 3.75 375	Spazierstücke moderne Griffe 4.50 3.50 185	Bettvorlagen Seilplüsch 3.50 Velour 12.60
<b>Strümpfe</b>	<b>Kindermützen</b>	<b>Seidenband</b>
Kindersöckchen hellfg., leder- fbg., schwa. 1.35 95.5	Matrosenmützen Lackleder, schwa. n. braun 1.65 165	Taffetband schwarz gute bew. Qual. ca. 3 cm breit . . . . . Mtr. 90.5
Herrensocken la. Mako, farbig u. schwarz . . . . . 2.75 190	Prinzenmützen weiß, beige, rot 3.75 375	ca. 5 cm breit . . . . . Mtr. 1.50
Damenstrümpfe gestrickt, extra stark . . . . . 5.25 370	Strohüte Matrosenform . . . . . 4.25 425	ca. 6 cm breit . . . . . Mtr. 1.65
Damenstrümpfe schwarz, weiss u. lederfarbig. 7.75 560	Waschsdwesten in viel. Farben 4.75 475	<b>Taffetband farbig</b> viele mod. Farben ca. 3 cm breit . . . . . Mtr. 85.5
<b>Trikotagen</b>	<b>Taschentücher</b>	ca. 5 cm breit . . . . . Mtr. 75.5
Herren-Unterjacken . . . . . 3.75 200	Batist, m. gestrickt. Ecks . . . . . Stück 95.5	ca. 6 cm breit . . . . . Mtr. 1.25
Damen-Untertailen gestrickt 3.50 275	Damentücher mit farbiger Kante 1/2 Dtz. 3.75 375	<b>Kinderbekleidung</b>
Knaben-Sweater halbh. Qualität 6.00 475	Damentücher mit breitem Hoblsaum 1/2 Dtz. 5.25 525	Mädchenkleider 45-65 cm bw. Mousselin 13.75 975
Damen-Schlüpfer la. weiss, grau, marine. 16.75 1075	Herrentücher rein Leinen 1/2 Dtz. 13.50 1350	Mädchenkleider a. 45-60cm weiß. Schleierst. 18.00 1200
		Mädchenkleider a. 50-90 cm 37.90 1780
		Mädchenkleider 45-65cm weiß u. frb. Schlst. 26.50 2000

Spielwaren	Leinwandwaren	Bijouterie
Sandkasten . . . . . 1.10 85.5	Portemonnaies f. Damen 2.25 1.75 75.5	Brotsch. Blum.-Mant. mit. Bernst. 45, 25, 10, 5
Sandkasten . . . . . 1.50	Portemonnaies f. Herren 2.25 1.50 95.5	Rocksch. schwarz u. stahl 75 50 15, 10
Sandkasten mit Formen . . . . . 1.85	Handtasch. f. Dam. m. Spieg. 6.50 5.00 4.00	Halbketten 1-3 reihig . . . . . 50 40 35, 4
Sandkasten . . . . . 2.50	Basiscbroschen . . . . . 5.50 4.50 3.50	Weißk. Korallenketten d. gr. Mode 5.00 3.50

Gebrüder **Freymann** G. m. b. H.

Leihbibliothek II. Stock  
Mehrere 1000 Bände Neueingänge

## Bekanntmachung.

Nachdem die Bekanntmachung des Reichsanzlers über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken vom 15. 5. 1918 (R. G. Bl. S. 123) in Wirksamkeit getreten ist, wird die Bekanntmachung vom 15. Dezember 1917 (E. 6112) betr. Zerschließung landwirtschaftlicher Grundstücke und die Ergänzungsverordnung vom 9. 4. 18 (E. 2035) hiermit aufgehoben. Kriegsmünzwert vom 4. 6. 18 Nr. 11. 27949-5. 18 Kl. Danzig, Stadenz. Thorn, den 1. Juli 1918. 234

Leiberrückendes Generalkommando XVII. Armee-Korps.  
Die Kommandeure der Festungen Graudenz und Thorn.  
Der Kommandant der Festung Danzig.

**Trauer-**  
Hüte in reicher Auswahl  
Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen  
**Julius Goldstein**  
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

## Abgabe von Lebensmitteln.

Es werden verabsolgt:  
1. Von Montag, den 15. bis Sonnabend, den 20. Juli  
a) Auf die Marke 13 der Kartoffelkarte Nr. 29 5 Pfund Kartoffeln.  
Soweit die aufgerufene Kartoffelmarke von den Händlern nicht beliefert werden kann, wird auf jede Marke Nr. 13 der Kartoffelkarte 1 Pfund Gemüselinsen verabsolgt werden. Die Gemüselinsen sind in den Kolonialwarengeschäften erhältlich, die durch Aushang darauf hinweisen.  
b) Auf die Marke Nr. 6 der Speisekartoffelkarte 62,5 Gramm Butter  
c) Auf die Marke 12 und 12 K der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder sowie auf die Marken 4 und 4 K der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je 1 Pfund Rumpfschinken zum Preise von 75 Pf. für die Pfundpackung und 73 Pf. für das ausgewogene Pfund. Die aufgerufenen Mengen ist für 14 Tage bestimmt.  
2. Von Dienstag, den 16. bis Sonnabend, den 20. Juli  
a) Auf die Marken 13 und 13 K der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 5 und 5 K der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mählenerzengnisse.  
b) Auf die Marken 14 und 14 K der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 6 und 6 K der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je 2 Stück Knochenbrühwürfel zu dem auf die Packung aufgedruckten Preise.  
c) Auf die Marke 20 der Danziger Lebensmittelkarte für Leute über 60 Jahre und auf die Marke 16 der Lebensmittelkarte für Leute über 60 Jahre in den Nachbargemeinden 1 Suppentafel oder 100 Gramm Suppenmehl, je nach Vorrat in den Geschäften.  
Die Waren sind in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Bezüge von Mählenerzeugnissen erfolgt ist, erhältlich.  
Die von den Händlern bereitgestellten Marken sind den zuständigen Verteilungsjellen unverzüglich einzureichen. Bei Einreichung der Marken 12 und 12 K, 4 und 4 K an die Verteilungsjelle A. Eisen, Wälderstraße 16, sind die verbleibenden Restbestände an fruchtig anzugeben.  
Danzig, den 11. Juli 1918.

Der Magistrat.

**Elbing**  
Nährmittelverteilungsplan der Stadt Elbing für die Woche vom 15. bis 21. Juli 1918

Von Montag ab: Die Ausgabe der jetzt allmählich eintrreffenden Frühkartoffeln findet im Laufe der Woche von 3 Pfd. Kartoffeln (Kartoffelmarke für die Woche vom 15. bis 21. Juli 1918).

Dienstag: 1/4 Pfd. Graupe (Nährmittelmarke)  
Mittwoch: 1/4 Pfd. Morgentrost (Nährmittelmarke)  
1/4 Pfd. anschländisches Regenwehl (Zusatzmarke für Schwer- und Schwerstarbeiter)  
Donnerstag: 1/4 Pfd. Gerstemehl (Kinderzusatzmarke)  
Freitag: 1/2 Pfd. Marmelade (Nährmittelmarke)  
1/4 Pfd. Kartoffelwalmehl (Nährmittelmarke)  
Sonnabend: 1/4 Pfd. Grütze (Zusatzmarke für Schwer- und Schwerstarbeiter)  
1/4 Pfd. Röhre (Zusatzmarke für Schwer- und Schwerstarbeiter)  
Freier Verkauf von Weizen, Knochenbrühwürfel, Knochenbrühextrakt und Mährhefe.  
Elbing, den 13. Juli 1918.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

eindecken wird. Die Folge wird sein, daß die Preise im  
Lebensmittel steigen werden. So kommen wir allmählich  
zu dem Ergebnis, daß man ein Minimum an Lebensmitteln  
haben muß, um zu leben, wie ein Arbeiter im Jahr 1914.

Von den Mißständen, die bei der öffentlichen Bewirtung  
immer wieder vorkommen, sei nur daran erinnert,  
wie Genosse Wels am Samstag im Reichstag mitteilte,  
die Zentralkasse für Beschaffung von Heeresverpflegung im  
Januar d. Js. in Friedrichshagen 8000 Ferkel hat freigegeben,  
an einem Tage 872. Die Tiere haben tagelang kein  
Wasser bekommen und haben sich gegenseitig angegriffen! Auf  
die Anfrage des Magistrats Berlin, ob denn niemand daran  
achtet, einen Teil der Ferkel an die Stadt zur Abgabe an  
die Zivilbevölkerung zu verkaufen, hat man ihm geantwortet,  
man habe wohl einen Augenblick daran gedacht, es wäre auch  
für die Militärverwaltung vorteilhaft gewesen, aber man habe  
davon abgesehen, weil die Bevölkerung ohnehin schon über  
die hohen Ferkelpreise geklagt habe. Statt die Ferkel zu einem  
billigen Preise abzugeben, hat man sie lieber verhungern  
lassen!

Herr v. Waldow hat sich zu dieser Angelegenheit trotz  
mehrfacher Aufforderung nicht geäußert.

Wir verlangen nach wie vor, daß die Behörden die vor-  
handenen Lebensmittel ohne Rücksicht auf die Besizenden so-  
gleich gleichmäßig verteilen, als sie überhaupt die technische  
Möglichkeit dazu haben. Im übrigen kann freilich nicht mehr  
erteilt werden, als da ist. Und den Forderungen der Entente  
werden wir uns nicht willenlos fügen, weil wir wenig zu essen  
haben.

Aber die Regierung sollte dem Volke die unvermeidlichen  
Entbehrungen nicht so tausendfach erschweren, indem sie „Siche-  
rungen“ gegen die Volksrechte in Preußen erstrebt, indem sie  
die Gestaltung der Arbeitskammern in der Form, wie sie die  
Arbeitslosen aller Richtungen fordern, Widerstand leistet,  
indem sie sich gegen eine demokratische Regelung der Offizier-  
kandidaten und indem sie ein eindeutiges Bekenntnis zum Frieden  
und die Annexionen und Kriegsschadigungen unterläßt.

### Keine Erhöhung des wehrpflichtigen Alters

Berlin, 9. Juli. (Privattelegramm.) Das wiederholt aufge-  
griffene Verbot, das wehrpflichtige Höchstalter werde auf 50 Jahre  
erhöht, entbehrt jeglicher Begründung.

### Presse-Rüstungen des Großkapitals

In Deutschland macht bekanntlich das Großkapital unter der  
Führung der Schwerindustrie alle Anstrengungen, um nach dem  
Kriege zur Vertretung seiner Klasseninteressen eine leistungsfähige  
Presse zu erhalten. Die Zeitungsmärkte sind leistungsfähig  
und ergebene Gründe zur Seite zu haben. Zeitungsmärkte sind  
und die Gründung der Allgemeinen Anzeigen-Gesellschaft, kurz  
„Alla“ genannt, waren die ersten zielbewußten Maßnahmen auf dem  
Gebiet der Schaffung einer kampffähigen Pressefront.

In Österreich beobachten wir die gleiche Erscheinung. Dort  
ist der Bund der Industriellen, die Organisation der Großindustrie,  
die Einrichtung geschaffen, die sowohl in ihrer Konstitution wie in  
ihrer Zielsetzung der reichsdeutschen „Alla“ entspricht, das „Wirt-  
schaftliche Informationsbureau“. Der nächste Zweck dieses „Infor-  
mationsbureaus“ wird sein, die österreichische bürgerliche Presse im  
kapitalistischen Sinne noch ärger zu korrigieren und besonders die  
sozialdemokratischen Parlamentarier den Wünschen der Schwerindustrie  
und des Finanzkapitals noch geeigneter zu machen.

Alle diese Regungen der kapitalistischen Presse-Rüstung ver-  
deutlichen die schärfste Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft, denn je größer  
der Erfolg dieser kapitalistischen Bestrebungen ist, desto mehr werden  
die Arbeiter leiden müssen. Stärken sie nicht in gewaltiger Weise  
die Organisationskraft und vor allem ihre eigene Presse damit diese  
den der Kapitalisten gewachsen sind, so werden sie eines Tages  
unwiderstehlich hinnehmen müssen, was ihnen die kapitalistische Herr-  
schaft diktiert.

### Das „vaterlandsparteiliche“ Ballett-Treiben gegen den Verständigungsfrieden

Wurde bereits in dem ersten Termin vor der Berliner Strafkammer  
am 4. Juli in dem Prozeß gegen die alldeutsche „vaterlandspartei-  
liche“ Redakteure Dr. Max Bohan („Deutsche Zeitung“) und Dr.  
Julius Dumde („Alldeutsche Blätter“) wegen Beleidigung des Staats-  
sekretärs von Kühlmann charakteristisch beleuchtet. Der Vorsitzende  
Landgerichtsdirektor Westermann fragte die Angeklagten, ob die  
Sache nicht durch eine logische Erklärung aus der Welt geschafft wer-  
den könne? Darauf äußerten sich diese so:

Angeklagter Dr. Bohan: Uns liegt nichts daran, hier vor  
dem feindlichen Auslande schmutzige Wäsche zu waschen. Vor allem  
geht es uns ganz fern, wie die von Kühlmann ergebene Presse be-  
trifft, Betätigungsmittel auszuwaschen. Ich glaube aber, daß  
im Interesse des Vaterlandes, der Diplomatie und des Auswärtigen  
amts liegt, daß hier die Verhandlung bis zum Ende durchgeführt  
wird. Ich persönlich würde gern die Hand dazu reichen, daß diese  
unangenehmen Dinge nicht vor der Öffentlichkeit verhandelt werden.

Der politische Effekt des von mir zu veranlassenden  
Artikels geht dahin, von Kühlmann als politischen  
Schadling zu bezeichnen. Wenn ich die sichere Gewißheit  
habe, daß von Kühlmann in absehbarer Zeit zurücktritt,  
so bin ich gern bereit, dem Privatmann von Kühlmann  
die Erklärung abzugeben, daß mir jede Absicht fernliegt,  
den Privatmann von Kühlmann zu beleidigen.

Der Angeklagte Dr. Dumde schließt sich den Ausführungen des  
Angeklagten an.

Vorsitzender: Dann dürfte der Versuch gescheitert sein,  
daß eine solche Erklärung kann der Staatssekretär gewiß nicht ab-  
geben. Deswegen braucht er nicht erst gefragt zu werden.

Angeklagter Bohan: Ich bedauere es im Interesse des  
Vaterlandes und im Interesse der vaterländischen Angelegenheit, die ich  
verreten habe. Die ganze Aktion wäre aber sinnlos, wenn die  
Sache durch eine Erklärung beigelegt würde, die nur den Privat-  
mann Kühlmann befriedigen könnte. Der Privatmann läßt sich aber  
vom Staatsmann nicht trennen. Was wir dem Staatssekretär vor-  
setzen, ist, daß er keines von beiden getrennt hat.

Der Vorsitzende erklärte dann diesen Patzoten, daß er sie durch-  
aus nicht drängen wollte. Darauf beschloß das Gericht, für die ganze  
weitere Verhandlung den Ausschluß der Öffentlichkeit und weiter-  
hin die Verlesung, um noch mehrere Zeugen zu laden.

Ueber die harmlose Taktik der angeklagten „vaterlandspartei-  
lichen“ urteilt mit Recht auch das „Berliner Tageblatt“:

Für die Herren von der „Deutschen Zeitung“ und von den  
„Alldeutschen Blättern“ wäre eine Rechtfertigung für ihr Vorgehen  
nur dann gegeben, wenn sie die Vorwürfe gegen Herrn von Kühl-  
mann so beweisen könnten, daß ein Zweifel über die Vorkommnisse  
nicht mehr zurückbleibt.

Dasson kann aber schon nach den Erfahrungen des  
ersten Verhandlungstages keine Rede sein.

Die Angeklagten erklärten sich vielmehr bereit eine Erklärung abzu-  
geben, die dem Staatssekretär persönlich hätte genügen können, wenn  
sie dafür die Gewissheit eingetauscht hätten, daß Herr von Kühlmann  
nicht mehr zurückbleibt.

Damit haben sie die Sache ziemlich aus dem Saß ge-  
lassen. Sie setzen also ihre Anklagen, soweit sie gegen  
Herrn von Kühlmann als Privatmann gerichtet waren,

selbst nicht für so genügend begründet an, daß sie sie un-  
recht erhalten könnten. Sie geben damit jetzt die  
Drücke preis, die sie benutzt haben, um gegen Herrn  
von Kühlmann vorzugehen. Sie geben offen zu, daß  
der ganze Angriff nur den politischen Zweck verfolgt hat,  
den Staatssekretär zu stürzen, und daß ihnen die mora-  
lischen Bedenken, die sie gegen Herrn von Kühlmann  
geäußert haben, gar nicht so schwerwiegend zu sein  
scheinen.

### Die „Deutsche Tageszeitung“ gegen v. Hindenburg und v. Spee

Die „Deutsche Tageszeitung“ rückt jetzt mit dem Grund her-  
aus, aus dem die Konzeption gegen das Vordringen der Kriegs-  
teilnehmer gestimmt haben, sie schreibt:

Die Differenzierung zwischen Kriegsteilnehmern und in der  
Heimat Verbliebenen ist alles andere als stichhaltig. Man kann  
auf nachhaftigen Etappenposten ebenso ungefährdet und wesent-  
lich gesünder den Krieg miterleben als in der Heimat mit ge-  
schwächter Gesundheit und unter wachsenden Entbehrungen.

Bitterer kann man die eigenen Freunde nicht kränken. Denn  
die Bemerkung von dem „nahrhaften Etappenposten“ bezieht sich  
offenbar auf den Herrn v. Hindenburg-Januschow, der im roten  
„Tag“ so verlockend „seiner“ Etappe geschickt hat, wo er als Offi-  
zier „wie im Frieden lebt“ und sich an Schichten, das Wort zu  
5 Mark, satt isst. Daneben ist wohl noch der konservative Zentrums-  
graf v. Spee gemeint, der sich als Verwalter eines Offizierskasinos  
hinter der Front als der berufene Sprecher der Feldgrauen fühlt.  
Aber wenn auch noch andere gemeint sind, sollte doch gerade die  
„Deutsche Tageszeitung“ nicht diejenigen Kreise vor den Kopf stoßen,  
unter denen sich relativ die meisten Anhänger ihrer annektonischen  
Pläne finden. (S. 160.)

### Polen

#### Ein polnischer Gesandter in Moskau nicht anerkannt

Aus Kreisen der Moskauer Regierung wird folgender Vorfall  
bekannt gegeben:

In der Absicht, vom Regentenschatz des Königreichs Polen  
bei der Sowjet-Regierung beglaubigt zu werden, ist Bednicki in  
Moskau angekommen. Sein Beglaubigungsschreiben gab ihm ver-  
schiedene Aufträge, darunter Schutz und Rechte der polnischen Bürger  
in Rußland, Rückkehr der Auswanderer nach Polen und Fragen,  
die polnisches Kapital und privates wie staatliches polnisches Eigen-  
tum betreffen. Andererseits hat der deutsche Botschafter Graf Mir-  
bach sich an das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten  
gewandt, und um den Empfang Bednickis ersucht. Dies sei ein be-  
sondres Wunsch der deutschen Regierung, da zahlreiche Fragen der  
polnischen Rückwanderung unentschieden seien.

Infogegeben hat der Volkskommissar für äußere Angelegen-  
heiten, Schischkin, Bednicki mitteilen lassen, daß das Volkskom-  
missariat, treu dem Brest-Vertrag, durch den Polen von Rußland  
getrennt wird, doch vollständige Kenntnis davon habe, daß der  
Brest-Vertrag den polnischen Volksmassen nicht das Recht gibt,  
frei über sich selbst zu bestimmen. Bewegungen, in die Abtrennung  
Polens zu willigen, kann die Sowjet-Regierung, die Eigenschaft des  
Regentenschatzes, den Willen des polnischen Volkes zu vertreten,  
nicht anerkennen. Gerade weil die Sowjet-Regierung meint, daß  
das polnische Volk das Recht hat, frei über sein Schicksal zu bestim-  
men, kann sie den Regentenschatz für nichts anderes als ein Organ  
der deutschen Regierung ansehen. Andererseits würde die Sowjet-  
Regierung, die wohl weiß, daß Verkehrs- und andere Fragen auf  
polnischem und litauischem Gebiet den deutschen Behörden unter-  
stehen, vorziehen, über diese Gegenstände direkt mit den deutschen  
Behörden zu verhandeln, um zu vermeiden, daß gerade die Beschlüsse,  
die gemeinsam mit Bednicki gefaßt werden, von den deutschen Be-  
hörden geändert werden.

Unter diesen Umständen will das Volkskommissariat den deut-  
schen Behörden die Wahl von Personen und Organen überlassen, die  
beauftragt sind, mit ihm zu unterhandeln, und falls die deutsche Re-  
gierung Bednicki ausersuchen hat, über die Rückwanderung der po-  
lischen Flüchtlinge zu verhandeln, erklärt sich das Volkskommissariat  
willens, mit Bednicki in Verbindung zu treten, indem es noch ein-  
mal betont, daß das Ziel dieses Auftrages ist, die Rückwanderung  
zu regeln, über die Graf Mirbach in seinem Ersuchen ausdrücklich  
spricht.

### Österreich-Ungarn

#### Mehrheitsbildung im österreichischen Abgeordneten- haus

WLB. Wien, 7. Juli. Die Blätter melden: In einer gestern  
zwischen dem Obmann der Deutsch-nationalen Partei, dem Abge-  
ordneten Waldner, und dem Präsidium des Polenklubs in Anwesen-  
heit des Ministers für Galizien, Twardowski, gepflogenen Aus-  
sprache wurde vereinbart, Verhandlungen zwischen dem Polenklub  
und den deutschen Parteien über die Bildung einer Mehrheit im Ab-  
geordnetenhaus am 9. Juli zu beginnen. Damit scheint der erste  
Schritt zur Anbahnung geordneter parlamentarischer Verhältnisse ge-  
tan zu sein.

### Rußland

#### Hindenburgs Kurland-Erlaß

wendet sich mit vollem Recht gegen die kulturelle Gefahr des Groß-  
kapitals und vor allem des Großgrundbesitzes. In dieser Erklärung  
wäre aber auch nicht der Reichstag gehindert gewesen, der zweifellos  
für diese Aufgabe zuständig ist. Der „Vorwärts“ erklärt daher  
zutreffend:

„Es scheint uns aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mög-  
lich, die Frage der Siedlung in Kurland so kurzfristig auf dem Ver-  
ordnungswege zu erledigen, wie das anscheinend geschehen soll. Die  
baltischen Barone sollen ein Drittel ihres Grundbesitzes gegen Be-  
zahlung hergeben, — der Plan einer unentgeltlichen Herabgabe, wie sie  
diese Kreise selber ursprünglich als Dank für die Einbeziehung Kur-  
lands in die deutsche Reichsfläche in Aussicht gestellt haben, ist offen-  
bar als „bolschewistisch“ fallengelassen worden. Sollen aber die  
Güter bezahlt werden, so ist es doch das Reich, das zunächst mittelbar  
oder unmittelbar die Gelder dazu hergibt. Daraus ergibt sich ganz  
von selber Recht und Pflicht des Reichstages, in dieser Sache mitzu-  
reden. Aber auch abgesehen vom rein finanziellen handelt es sich  
um eine Frage, die für das Geschick von vierhunderttausend Reichs-  
angehörigen entscheidend werden kann. Auch deshalb ist eine Aus-  
scheidung des Reichstages bei ihrer Lösung nicht angängig. Schließ-  
lich hat die ganze Frage aber noch eine hochpolitische Bedeutung:  
Es wird hier eine neue Ostmarkenpolitik inauguriert, die mit der  
preußisch-polnischen Ostmarkenpolitik gewisse Parallelen aufweist.  
Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist eine scharfe parlamentarische Kon-  
trolle des Unternehmens notwendig.“

Die Verfügung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg legt  
auch noch einige weitere Fragen nahe: Ist die Bodenbesetzung und  
der agrarische Großkapitalismus nur in Kurland ein Übel? Warum  
werden nicht auch innerhalb der deutschen Grenzgebiete die „gemein-  
schädlichen Gefahren der Bodenpreissetigerung“ gebannt, anstatt wie  
bisher durch eine verkehrte Gesetzgebung gefördert zu werden? Wird  
auch bezüglich des ostelbischen Großgrundbesitzes eine ähnliche Maß-  
regel wie in Kurland geplant? Und warum werden Siedelkommissionen  
in Kurland angeordnet, während man in Preußen mit immer neuen  
Schutzbestimmungen ihr entwicklungsfeindliches Wachstum zu stoppen  
sucht?

Die hiesige konservative „Ostpreussische Zeitung“ bemängelt her-  
lich oberflächlich die „demokratische Kleinlichkeit“ dieser Kritik.  
Sie bricht den Abdruck aus dem „Vorwärts“ vorfahrig ab, jedoch  
schon am Schluß des vorliegenden Abdruckes abt —

Gegenüber den Angriffen der „vaterlandsparteilichen“ Blätter  
auf seine Einwendungen erklärt der „Vorwärts“, die Verordnung sei  
doch zweifellos von Fachleuten hergestellt. Nur wegen des Unter-  
zeichners könne er sie nicht als über alle Massen vollkommen aner-  
kennen. Ferner erklärt er:

Es sollen also Vermögenswerte geschaffen werden, die drei-  
viertel Jahre fortwirken — auf Grund einer Verordnung, von der der Reichs-  
kommissar selbst sagt, daß sie von der gesetzgebenden Körperschaft wie-  
der aufgehoben werden kann. Wir wollen daraus nicht schließen, daß  
die Pflicht besteht, die Einführung einer gesetzgebenden Körperschaft in  
Kurland für dreieinhalb Jahre zu verzögern. Besteht aber diese Pflicht  
nicht, dann ist es schon am besten, die Verfügung über den kur-  
ländischen Grund und Boden der kurländischen Bevölkerung selbst und  
ihrer Vereinigung zu schaffenden demokratischen Staatsorganisation zu  
überlassen.

Dies meinen wir auch!

### Keine Niederlage der Bolschewisten

Nach verlässlichen Nachrichten, die in Berlin eingegangen sind,  
ist der Ruf der Sozialrevolutionäre in Rußland, der in der Er-  
mordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach seinen aggressiv-  
sten Ausdruck gefunden hat, als vollständig mißglückt anzusehen. Die  
Herrschaft der Bolschewisten ist heute gefestigter als jemals. Nach-  
dem der Handstreich die erwarteten und besonders von der Entente  
gewünschten Folgen nicht gehabt hat, wird in ententistischen Zei-  
tungen der Versuch gemacht, den Gesandtenmord — dem Deutschen  
Reiche aufs Konto zu setzen. Der Auftrag zu dem Mord sei von  
Deutschland ausgegangen, weil Deutschland einen Vorwand gebraucht  
habe, um Truppen nach Moskau zu senden!

### Rossischer Hilferuf aus Turkestan an die Allierten

London, 8. Juli. Die „Times“ erzählt aus Peking vom 3. Juli,  
daß der russische Konsul in Chinesisch-Turkestan in ihren Berichten  
nach Peking furchtbare Schilderungen von den Ereignissen in dem  
von den Bolschewisten beherrschten benachbarten russischen Gebiet  
geben. Hiernach haben die Bolschewisten im März ein Ultimatum an  
die Bucharer gerichtet, worin der Rücktritt des Emirs und die Ein-  
führung der bolschewistischen Regierungsform verlangt wurde. Die  
Expedition, die ausgesandt wurde, um diesem Ultimatum Nachdruck  
zu geben, soll sich höchst brutal benommen haben. Die auf dem  
Lande arbeitenden Bauern seien aus Panzerzügen niedergeschossen,  
Städte seien geplündert und Frauen seien vergewaltigt worden. Der  
Staatsbank seien 40 Millionen Rubel gestohlen worden. Im April  
sei ein Abkommen geschlossen und demzufolge die Bevölkerung  
entwaffnet und die Armee auf 12 000 Mann, die ausschließlich mit  
alten Waffen ausgerüstet sind, herabgesetzt worden. Die russischen  
Flüchtlinge seien ausgeliefert und den bolschewistischen Truppen sei  
geliefert worden, alles, was sie benötigten, zu requirieren.

Weiter meldet die „Times“: Der Sowjet von Tashkent hat sich  
die Semirjetschenst-Provinz unterworfen. Die Rossakenbevölkerung  
hat sich gut gehalten, ist aber nicht insstande gewesen, Widerstand zu  
leisten. Sie hat sich jetzt in der nördlichen Ecke der Provinz ver-  
sammelt, von wo sie am 5. Juni einen bringenden Hilferuf an die  
Alliierten richtete.

So wollen die Alliierten es haben. Sie werden den Hilferuf  
nicht ungehört verhallen lassen. Für ihre Sache ist es natürlich von  
ungeheurer Bedeutung, an ein gegenrevolutionäres Westsibirien die  
reife und reichen Gebiete Turkestans anzuschließen.

### Italien

#### Ein Hochratsprozeß

WLB. Rom, 8. Juli. („Stefani“) Heute vormittag be-  
gannen vor dem Militärgerichtshof die Verhandlungen gegen den  
Kavallerieobersten Giorgio Capri und die Matrosen Achille Moschini,  
Giuglielmo Martolini und Mario Agnoni, die im Einverständnis mit  
dem Feind und des Verrats beschuldigt sind. Sie sollen am 27. Sep-  
tember 1915 das Panzerschiff „Benedetto Bruni“ in die Luft ge-  
sprengt haben, indem sie eine Höllenmaschine aufstellten.

### Spanien

#### Die Annahme des Spionagegesetzes

Das Reutersche Bureau meldet vom Sonntag aus Madrid:  
Das Spionagegesetz hat in der liberalen und Sozialistenpresse Em-  
pörung hervorgerufen, da sie die Maßnahme als deutschfreundlich  
ansieht. Sie glaubt, daß eine Kabinettskrise eintreten wird.

Die Kammer besprach das Gesetz in einer sehr heiligen Dis-  
kussion, die die ganze Nacht andauerte. Der Minister des Außeren  
antwortete auf die scharfe Kritik, die von sozialistischer Seite geübt  
wurde, und leugnete, daß das Gesetz als Maulkorb der Presse gemeint  
sei. Der Zweck sei, die unverschämte Sprache gewisser Organe gegen  
gewisse Staatshäupter zu mahigen.

Schließlich wurde das Gesetz angenommen. Die außerhalb  
des Gebäudes versammelte Menge bewarf die Polizei mit Steinen,  
als sie zerstreut wurde.

Wie Havas meldet, hat die Kammer das Spionagegesetz ohne  
Abstimmung angenommen. Die sozialistischen und republikanischen  
Abgeordneten, die gegen das Gesetz waren, verließen den Saal. Der  
Minister der öffentlichen Arbeiten Cambó erklärte, man müsse  
Spanien retten; die Regierung werde trotz des Widerstandes der  
Linken das Land retten.

#### Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.  
Verlag Volksmacht J. Gehl u. Co., Danzig  
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

### Bernünftige Lebensmittelversorgung!

#### Gerechte Steuerverteilung!

#### Baldiger und dauerhafter Friede!

Das sind die drei Wünsche, die dem deutschen Volk am Herzen  
liegen. Wer dazu beitragen will, daß sie erfüllt werden, der schreibe  
sich der Partei an, die den Völkerrfrieden, Vervauft und Gerech-  
tigkeit auf ihr Panier geschrieben hat.

Dieses ist die

### Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur „Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands“.

Name: .....

Geburtsort und Tag: .....

Beruf: .....

Genaue Adresse: .....

Dieser Schein ist ausgefüllt an Julius Gehl, Danzig,  
4. Damm 7, zu senden.

# Walter & Fleck

Spezial-Abteilung für moderne

## Kinder-Kleidung

Unsere Läger in besserer Knaben- und Mädchen-Kleidung sind durch größere Neuanschaffungen in allen Größen und Preislagen außerordentlich reichhaltig sortiert.

### Knaben-Anzüge

### Orig. Kieler Anzüge

### Knaben-Mäntel

für Herbst und Winter

### Mädchen-Kleider

### Mädchen-Mäntel

für Herbst und Winter

### Mädchen-Mäntel

aus imprägnierten Seidenstoffen

242

### Unsere Kinder-Kleidung

zeichnet sich durch solide Stoffe, beste Verarbeitung und tadellosen Sitz ganz besonders vorteilhaft aus.

## An die Bewohner meines Korpsbezirks!

Unserem hehre Mannheit es in hohem Maße an Hajer. Als Krieg muß Laubheu in großen Mengen herangeschafft werden. Eine umfangreiche Organisation zur Werbung des Laubheus ist in die Wege geleitet und wird weiter ausgebaut. Die Schulen sammeln unter Anleitung ihrer Lehrer und anderer Persönlichkeiten das Laub von Sträuchern, jungen Bäumen usw. In erster Linie kommen wildwachsende Sträucher an Wegen und Bächen, auf Wiesen und Feldern in Frage. Aber auch Wälder werden bei der Sammlung des Laubheus nicht gespart werden können. Von der bewährten Opferwilligkeit der Bewohner meines Korpsbezirks, welche nie verjagt hat, wenn es sich in dieser schweren Zeit um das Wohl des Vaterlandes, insbesondere des heeres handelt, erwarte ich, daß die Werbung des Laubheus von allen Seiten gefördert wird, daß die Eltern ihre Kinder zu fleißigem Sammeln anhalten, und daß der Werbung des Laubheus in dem im Schwatze befindlichen Wäldern keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt wird.

Danzig, den 3. Juli 1918.

Der kommandierende General.

Wagner,  
General der Infanterie.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Danzig, 4. Damm 7.

Wir haben zum nächstgehenden Sonntag einen mächtigen

## Bürohilfsarbeiter

Der nachstehende eingeladenen sein.

Wenden Sie sich an den in der modernen Arbeiterbewegung und speziell im Deutschen Metallarbeiter-Verband belagten, mit Hilfe von Gefährdungen besetzten und wollen Sie bis 30. Juli 1918 an Fr. Arczynski, 4. Damm Nr. 7, Danzig wenden.

297

## Druckfachen

für Handel und Gewerbe foto. privaten Bedarf liefert in geschmackvoller, preiswerter Ausführung schnellstens in Glas- und Rotationsdruck

## Volkswacht

Danzig

Paradiesgasse Nr. 22

## „Volkshilfe“

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Vereinsgesellschaft  
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Policenverkauf  
Das einzige Geschäft am der  
Königsstraße 16 Danzig  
Franz Schmidt, Telefon Nr. 35

## Der wahre Jakob

pro Nummer 15 Pf.  
Buchhdlg. Volkswacht.

## Radfahrer!

Stadt-Druck-Bereifung D. N. W. wie von keiner Ersatzbereifung erreicht wurde Nr. 60. — Federnde Holz-Bereifung Nr. 40. — Neue und geb. Damen- und Herren-Räder, Sammlungen, Ventilgummis, prima Auslands-, Latex-Lampen und Feuerzeuge, Reparaturwerkzeuge für Fahrräder, Näh- und Schreibmaschinen. Großes Lager in Ersatzteilen.

Danziger Fahrrad-Industrie  
Gundegasse 36. 239

## Zentral-Bibliothek

Danzig

4. Damm 7, II (Eing. Häfery.)

ca. 2000 Bände

Geöffnet Mittwoch 7—8 Uhr  
Sonntagabend von 6—8 Uhr

Allen Gewerkschafts- und Parteigenossen zur unentgeltlichen Benutzung auf das wärmste empfohlen

Die Bibliotheksverwaltung

## Wie soll man wandern?

Anleitungen und Hinweise von Engelbert Graf.

2. Auflage. Preis 40 Pf.

Ein Buchlein für den praktischen Gebrauch und daher jedem Wanderfreunde ein recht lieber Begleiter

Buchhandlung Volkswacht  
Danzig, Paradiesstr. 32



## Kurhaus u. Strandhalle Brösow

### Täglich ab 4 Uhr nachm.: Kur-Konzert

Bei freier Eintritt  
An den Sonntagen ist die Hauskapelle erheblich verstärkt u. konzertiert sie bei „Strandwetter“ stets bis 1/10 Uhr abends. Betrieb ist nach wie vor befreit, in allem das erreichbare Vorstellische zu bieten, und bereit, einer größtmöglichen Zahl weiterer Gäste Standzuhalten.  
Paul Jbold, Kurhauspächter.

227

## Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstätt Danzig.

Diese Organisation begeht am Sonntag den 14. Juli, nach 4 Uhr, im Lokale der Ww. Steppuhn, Schibitz, das

### 25 jährige Jubiläum

des Gesamtverbandes, bestehend aus Konzert, Festredn, Gesangsvorträgen und Hans Sachs-Spielen.  
Die werthen Kollegen nebst Familie sowie Freunde der modernen Arbeiterbewegung sind herzlichst eingeladen.  
Eintritt pro Person 75 Pf. Der F-Verband.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Danzig, 4. Damm 7.

Sonntag den 14. Juli 1918, vormittags 10 Uhr,  
Schmidtke, Schichaugasse 8

## General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1918.
2. Geschäftsbericht.

Hierzu sind alle Mitglieder eingeladen. — Mitgliedsbuch am Saaleingang vorgezeigt werden, ohne dieses kein Zutritt.  
Mit kollegialem Gruß Die Ortsverwaltung  
J. R. Fr. Arczynski.

## Faß- und Flaschenbier

empfiehlt

## Danziger Aktien-Bierbrauerei

Abt. Danzig, Burgstraße 17.

Fernsprecher Nr. 101 und 1111.

## Billiges Angebot in Haushaltwaren

Mengenabgabe vorbehalten

Handtuchhalter . . .	375 245
Gardeeroenleist. 395	225 195
Schlüsselleist. 135	95 50
Konsolen braun . . .	295
Fleischbretter	
250 100 70	50
Fleischklopfer . . .	45 30
Quirle . . .	95 75 60 45

Kohlenkasten lack. . .	1050
Kohlenschaufeln . . .	195 185
Kohlenschaufeln email. 195	
Kaffeobrenner 1 u. 2 Pfd. 1050	
Kaffeeflachsenlack. 135	120
Kaffeeflaschen 125	110 95
Ofenkratzer . . . . .	120

Napfkuchenform . . .	495
Springformen 495	395 285
Königsformen 395	245 150
Blechröben . . . . .	225
Suppensiebe Weißbl. 175	150
Blechleuchter Stück	30
Blech-Tablets bunt	
Stück	25 18

Gewürztaggeron 595	275 185
Eierschränke 30 Stck. Inh. 650	395
Putzschränke St. 1650	1500
Fussbänke . . .	450 265 195
Masserputz. 195	125 95
Stuhlsitze Holz . . .	210 195
Stuhlsitze Pappmache	245

## Extra-Angebot

Ein Posten weisse Porzellan-Tassen  
Paar 75

Gewürzblechtonnenchen	Stück 45
Kohlenplättchen . . .	825
Plättbrett bezogen . .	725
Kammkasten . . .	45 20
Salzstreuer . . .	Stück 10
Teesiebe . . .	Stück 45
Kaffeeseibe . . .	Stück 45

Wäscheklamern	
Schock 150	95
Wäschekl. g. Qual. 210	195
Spahnkörbe geflocht. 295	
Washbretter 295	265 225
Fussmatten . . .	295 265
Lederklopfer . . .	395 295
Schwerttücher Reichsw. 225	

— Emaille —	
Zinksimer . . . . .	825 595
Töpfe für Kochkiste 31	800
Becher . . . . .	95 75 60
Teller . . . . .	Stück 80
Eimer 28 cm . . . . .	750
Lauchter . . . . .	Stück 60

Waschpulver „Rota“	Paket 30
Ivo-Seife . 10 Stück	75
Sidel große Blechfl. 75	5
Einkaufstaschen St. 295	225
Gummiringer, Weckgl. 65	35
Scheuerpulver Paket	15
Papierspitze Rolle 10 m	38

## Julius Goldstein

Verkauf dieser Artikel nur in meinen Spezial-Abteilungen  
Junkergasse 4 Breitgasse 120

243